LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
14. Wahlperiode

Drucksache 14/4827

09.08.2007

Antwort

der Landesregierung

auf die Große Anfrage 12
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/4323

Ruhrgebiet vor dem Finanzkollaps?

Das Innenministerium beantwortet die Große Anfrage 12 im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wie folgt:

Datum des Originals: 07.08.2007/Ausgegeben: 14.08.2007

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vorbemerkung der fragestellenden Fraktion

Aufgrund der Jahrhundert-Steuerreform des Jahres 2000, die zu Steuererleichterungen von über 50 Mrd. € pro Jahr geführt hat, kam es auf allen Ebenen der öffentlichen Haushalte zu gravierenden Problemen und einem erheblichen Anstieg der Verschuldung. Nach Jahren wachsender Haushaltsdefizite ist seit dem letzten Jahr eine gewisse Erholung eingetreten, auch wenn der Anteil der Steuern am Sozialprodukt immer noch deutlich niedriger liegt als im Jahre 2000 und nach den aktuellen Prognosen auch 2008 noch unter diesem Wert liegen wird. Ende 2005 wiesen rd. die Hälfte der NRW-Kommunen - darunter fast alle Großstädte - einen unausgeglichenen Haushalt aus, d.h. rd. drei Viertel aller EinwohnerInnen in Nordrhein-Westfalen wohnten in Gemeinden mit unausgeglichenen Haushalten.

Aufgrund der Gewerbesteuer-Anstiege seit 2006 hat sich die Gesamtlage der Kommunalfinanzen erstmalig verbessert; allerdings muss noch die Altlast von 12,5 Mrd. € Kassenkrediten in NRW bewältigt werden, die zur Abdeckung der Defizite in den Verwaltungshaushalten aufgenommen werden mussten. Die kommunalen Investitionen in NRW sind gegenüber dem Jahre 2000 von 4,1 auf 2,9 Mrd. € weiter kontinuierlich gesunken; im Jahre 1992 hatten sie noch 6,4 Mrd. € betragen.

In den letzten Jahren haben die reformbedingten Steuerausfälle die strukturellen Probleme einiger Regionen - insbesondere des Ruhrgebiets - so stark überlagert, dass ihren Problemen nicht mehr die notwendige Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Die Handelnden vor Ort bekamen zunehmend den Eindruck, in einer „Vergeblichkeitsfalle“ zu stecken. Die Fehlbeträge türmten sich immer höher, Konsolidierungsbemühungen führten zu keinen erkennbaren Entlastungen des Haushalts bzw. wurden durch immer neue Steuerausfälle und unabweisbare Mehrbedarfe insbesondere im Sozial- und Jugendbereich überkompensiert.

Die Kommunalaufsicht hat die wenigen verbleibenden Handlungsspielräume mit oft als willkürlich empfundenen Genehmigungsauflagen von Haushaltssicherungskonzepten bzw. im Nothaushaltsrecht weiter reduziert. Dies hat aus Sicht der Betroffenen zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Situation geführt und nicht verhindern können, dass die Haushalte immer stärker aus dem Ruder liefen, während gleichzeitig nach außen hin suggeriert wurde, die Lage sei unter Kontrolle.

Zunehmend trifft diese Problematik nicht mehr nur die Großstädte, sondern auch den kreisangehörigen Raum im Ruhrgebiet. Im Kreis Recklinghausen scheint die Lage besonders aussichtslos zu sein.

Das aufsichtsrechtliche Instrumentarium scheint angesichts der konkreten Problemlagen recht stumpf zu sein und im Einzelfall auch recht unterschiedlich und willkürlich eingesetzt zu werden. Mit der Einsetzung eines „Sparkommissars“ in Waltrop hat die Problematik einen neuen Höhepunkt erreicht.

Vorbemerkung

Grundsätzlich ist bei der Beantwortung der Großen Anfrage 12 vorab auf folgende Punkte hinzuweisen:

1. Die meisten Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen befinden sich – teilweise seit vielen Jahren – in einer angespannten Finanzlage. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen, zu denen insbesondere gehören: Steuereinnahmeverluste infolge einer schwachen Konjunktur, Folgen der Änderung von Steuergesetzen, steigende Ausgaben für soziale Leistungen, Folgen des Strukturwandels sowie auch unangepasstes Ausgabeverhalten, das mit den örtlichen Konsolidierungserfordernissen nicht vereinbar ist. Mit unterschiedlicher Intensität wirken sich diese Ursachen auf alle Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) des Landes aus. Faktoren, die dafür sprechen, dass sich besondere Konsolidierungslasten ausschließlich in einer bestimmten Region oder einem Kreis des Landes ergeben, wie dies die Fragestellungen der Großen Anfrage nahe legen, sind aus Sicht der Landesregierung nicht erkennbar. So sind viele kreisfreie Städte – auch außerhalb des Ruhrgebietes – in der Haushaltssicherung. Auch unter den kreisangehörigen Gemeinden ist die Finanzlage differenziert zu betrachten. Während es Städte und Gemeinden gibt, die ganz oder nahezu schuldenfrei sind, befinden sich andere bereits seit vielen Jahren mit hohen Investitionsschulden und Kassenkrediten in der Haushaltssicherung.

2. Das Innenministerium informiert den Landtag durch seine Kommunalfinanzberichte regelmäßig und detailliert über die Entwicklung der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen. Die Kommunalfinanzberichte enthalten neben Angaben über die Einnahmen, Ausgaben und Ergebnisse der Kommunalhaushalte auch Angaben über den Stand der Haushaltssicherung. Zuletzt ist dem Landtag der Kommunalfinanzbericht Mai 2007 „Jetzt Schulden abbauen“ (Vorlage 14/1130) zugeleitet worden. Auf diesen Bericht wird ergänzend zur Beantwortung dieser Großen Anfrage ausdrücklich verwiesen.

3. Die Landesregierung hat bei einer Vielzahl von Gelegenheiten auf die angespannte Finanzlage der Gemeinden hingewiesen. Dennoch gibt es aus der Sicht der Landesregierung keinen Anlass, einen „Finanzkollaps“ – wenn auch klärungsbedürftig wäre, was die Fragesteller damit genau meinen – zu befürchten. Dies gilt sowohl für die Gemeinden des Ruhrgebiets, als für Gemeinden in allen anderen Teilen des Landes.

4. Seit dem Jahr 2004 verbessern sich die Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich. Die Steuereinnahmen der Gemeinden des Landes steigen seitdem stetig und kräftig an. Ein wesentlicher Grund für diese Verbesserung liegt in dem erheblichen und anhaltenden Zuwachs des Gewerbesteueraufkommens. Anders als in der Vorbemerkung zu der Großen Anfrage ausgeführt, steigen die Gewerbesteuereinnahmen nicht erst seit dem Jahr 2006, sondern bereits seit Mitte 2003. Von dieser Steuerentwicklung profitieren auch steuerschwache Städte und Gemeinden, zu denen die Ruhrgebietskommunen traditionell auch gehören, direkt oder indirekt, denn Gemeinden, deren Steuerkraft gegenüber der Gesamtheit der NRW-Kommunen unterdurchschnittlich ist, erhalten einen Ausgleich durch den kommunalen Finanzausgleich. Der hohe Ausgleichssatz von 90 % im NRW-Finanzausgleich sorgt dafür, dass diese Gemeinden zumindest auch von der Steuerentwicklung profitieren.

5. Bei der guten Konjunkturentwicklung sollten eigentlich Rücklagen für schlechtere Zeiten gebildet bzw. alte Verbindlichkeiten abgebaut werden. Aber so gut, wie sie aus einer isolierten Betrachtung der Steuereinnahmen scheinen mag, hat sich die Finanzlage vieler Kommunen infolge hoher Fehlbetragslasten der Vergangenheit und der damit in Verbindung stehenden Kassenkredite im Jahr 2006 noch nicht entwickelt. Vor allem die Kommunen in der Haushaltssicherung sind daher gefordert, die aus der wirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Konsolidierungs- und Entschuldungschancen konsequenter zu nutzen. Aber auch für die Kommunen mit ausgeglichenen Haushalten gilt es, Schulden abzubauen und Rücklagen für schlechtere Zeiten zu bilden.

6. Zu den Fragenstellungen ist anzumerken, dass die Fragen 1 bis 8 zwar die Überschrift „Einnahmen, Ausgaben, Fehlbeträge und Kredite“ tragen, aber konkrete Fragen nach den Ausgaben der Gemeinden oder bestimmter Gemeindegruppen nicht gestellt worden sind. Das Bild der kommunalen Finanzen, das sich aus den Antworten ergibt, ist daher unvollständig. Da Fragen zum Ausgabeverhalten der Gemeinden nicht gestellt worden sind, werden insbesondere Ursachen für eine angespannte Haushaltslage, die durch örtliches Ausgabeverhalten mit verursacht wurden, sowie unterschiedliches Ausgabeverhalten im Allgemeinen nicht erkennbar.

7. In vielen Fragen wird ausdrücklich nach der Haushaltslage der Städte im Kreis Recklinghausen gefragt. In der Vorbemerkung zu der Großen Anfrage wird ausgeführt: „Im Kreis Recklinghausen scheint die Lage besonders aussichtslos zu sein.“ Diese Auffassung teilt die Landesregierung nicht. Der Kreis Recklinghausen ist zwar mit rund 645.000 Einwohnern der einwohnerstärkste Kreis in NRW. Untypisch ist gegenüber anderen Kreisen in NRW außerdem, dass sich unter den zehn Städten des Kreises keine kleine kreisangehörige Gemeinde befindet. Die Aussichten für die Haushaltskonsolidierung sind für die Städte im Kreis Recklinghausen, die sich alle in der dauerhaften vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden, aber grundsätzlich keine anderen, als für andere kreisangehörige Gemeinden oder kreisfreie Städte im Land Nordrhein-Westfalen. Bei Vergleichen der Pro-Kopf-Daten der Städte des Kreises Recklinghausen mit den entsprechenden Daten der kreisangehörigen Gemeinden in NRW oder im Ruhrgebiet ist allerdings zu beachten, dass der Vergleich auf Grund der unterschiedlichen Gemeindegrößen nur eingeschränkt aussagekräftig sein kann. Aussagekräftiger wären Vergleiche mit Gemeinden der gleichen Größenklasse, nach denen aber nicht gefragt war.

8. Das Innenministerium weist die Aussage in der Vorbemerkung der Großen Anfrage „Die Kommunalaufsicht hat die wenigen verbleibenden Handlungsspielräume mit oft als willkürlich empfundenen Genehmigungsauflagen von Haushaltssicherungskonzepten bzw. im Nothaushaltsrecht weiter reduziert“ zurück. Das Gegenteil ist zutreffend: Die Aufsichtsbehörden eröffnen mit ihrer landesweit abgestimmten Praxis gerade den Kommunen in der dauerhaften vorläufigen Haushaltswirtschaft Handlungsspielräume. Zutreffend ist allerdings, dass viele Kommunen in dieser Haushaltslage darüber hinaus Ausgaben tätigen wollen, die sie aus rechtlichen Gründen nicht leisten dürfen und die mit ihrer Verschuldungssituation nicht vereinbar sind. Selbstverständlich wird das aufsichtsrechtliche Instrumentarium auch nicht willkürlich eingesetzt. Sollte dies der Fall sein, wären die Kommunen in Klageverfahren gegen diese Maßnahmen vor den Verwaltungsgerichten erfolgreich. Dies gilt auch und insbesondere für die Einsetzung eines Beraters für die Stadt Waltrop. Zum Zeitpunkt der Entscheidung wies die Stadt Waltrop die höchste Kassenkreditquote (Kassenkredit im Verhältnis zu den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes) aller Gemeinden des Landes auf.

9. Seit 01.01.2005 wird in NRW das „Neue kommunale Finanzmanagement“ (NKF) eingeführt. Bis zum 01.01.2009 haben alle Kommunen ihr Rechnungswesen vollständig vom kameralen Haushaltsrecht auf die Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung umzustellen. Mit dieser Veränderung wird die Steuerung der Kommunen erleichtert. Mit dem Ressourcen- statt des Geldverbrauchskonzeptes werden Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit gestärkt und mehr Transparenz im kommunalen Haushalt erreicht. In der Umstellungsphase bis Ende 2008 wenden einige Kommunen ganz oder teilweise noch kamerales Haushaltsrecht an, während andere bereits vollständig auf das NKF umgestellt haben. Da die Anforderungen (unter anderem) an den Haushaltsausgleich und die Haushaltssicherungen sich im NKF von denen im kameralen Haushaltsrecht unterscheiden, war darauf an vielen Stellen bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage hinzuweisen. Es ist zu beachten, dass auch gleiche Begriffe, wie zum Beispiel „Haushaltsausgleich“, in den beiden Rechnungssystemen unterschiedliche Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen haben.

10. Soweit in den Fragestellungen bestimmte finanzstatistische Daten erbeten wurden, sind diese – wenn nicht ausdrücklich anderes vermerkt – vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS) auf der Basis amtlicher Finanzstatistiken zusammengestellt und berechnet worden. Die finanzstatistischen Grunddaten werden von den Gemeinden (GV) als berichtspflichtige Gebietskörperschaften in eigener Verantwortung dem LDS auf der Grundlage des Gesetzes über die Personal- und Finanzstatistiken vom 22.02.2006 (BGBl. I. S. 438) gemeldet. Die Verantwortung für die richtige und exakte Datenmeldung haben die berichtspflichtigen Gemeinden (GV). Den Antworten liegen in der Regel die finanzstatistischen Daten der Jahre 1990 bis 2006 zugrunde. Verfügbar waren dabei insbesondere die Daten der amtlichen Jahresrechnungsstatistiken 1990 bis 2005 und die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006. Wegen der unterschiedlichen Erhebungsmerkmale und Erhebungstermine kann nicht ausgeschlossen werden, dass es im Vergleich einzelner Erhebungsmerkmale zwischen den Jahren 2005 (Jahresrechnungsstatistik) und 2006 (Kassenstatistik) zu Veränderungsraten kommt, die nur auf die unterschiedliche Systematik der beiden Statistiken zurückzuführen sind. Bei der Berechnung der Werte in Euro je Einwohner (EUR/E) wurden die Einwohnerzahlen zum 30.06. des laufenden Jahres nach der jeweiligen Bevölkerungsstatistik des LDS zugrunde gelegt.

11. Soweit in den Fragestellungen als regionale Abgrenzung Daten für das „Ruhrgebiet“ erbeten wurden, liegen den Antworten die Daten der Gemeinden in den Grenzen des Regionalverband Ruhr (RVR) gemäß § 1 Abs. 1 Gesetz über den Regionalverband Ruhr (RVRG) zugrunde.

A Einnahmen, Ausgaben, Fehlbeträge und Kredite

1. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die *Steuereinnahmen* ***in € pro EinwohnerIn - getrennt nach Steuerarten und in der Summe - für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen***

- ***Kreis Recklinghausen insgesamt sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

2. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die Anteile an der *Einkommensteuer* ***und der*** *Umsatzsteuer* ***€ pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen***

- ***Kreis Recklinghausen insgesamt sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In den Anlagen 1-1 bis 1-17 sind die erbetenen Daten über Steuereinnahmen getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 in der gewünschten regionalen Abgrenzung von Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt. Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen sind dabei jeweils insgesamt brutto sowie netto und nach den Steuerarten Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, andere Steuern insgesamt und darunter für die Vergnügungssteuer und die Hundesteuer getrennt dargestellt.

In den Tabellen der Anlagen 1 sind in entsprechender Weise auch die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer dargestellt. Hinzuweisen ist darauf, dass es eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer erst seit dem Jahr 1998 gibt.

3. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die *Schlüsselzuweisungen* ***in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen***

- ***Kreis Recklinghausen insgesamt sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***

- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

Schlüsselzuweisungen erhalten die Gemeinden (GV) in NRW auf der Grundlage des jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzes. Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen für die Jahre 1990 bis 2006 ist tabellarisch in Anlage 3 in der erbetenen regionalen Abgrenzung in EUR/E angegeben. In den für die einzelnen Haushaltsjahre ausgewiesenen Beträgen sind im Interesse einer höheren Transparenz bereits Abrechnungen berücksichtigt, die in der Regel im zweiten Jahr nach dem jeweiligen Haushaltsjahr erfolgen.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die erbetenen Angaben über Schlüsselzuweisungen in EUR/E nur wenig aussagekräftig und vergleichbar sind, weil die Höhe der Schlüsselzuweisungen das Ergebnis eines differenzierten Ausgleichsverfahrens ist, dem – vereinfacht dargestellt – die Steuerkraft einer Gemeinde auf der einen Seite und die Bedarfe auf der anderen Seite zugrunde liegen. Daher lässt sich in erster Linie aus der Zeile 1 der Tabelle in Anlage 3 „Nordrhein-Westfalen insgesamt“ ablesen, in welchem Umfang der Landesgesetzgeber in den einzelnen Haushaltsjahren Mittel für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt hat.

Aus der Darstellung der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen je Einwohner für einzelne Kommunen oder Gruppen von Kommunen lassen sich isoliert keine Schlüsse ziehen. Schlüsselzuweisungen ergänzen die eigenen originären Einnahmen der Kommunen. Ihre Höhe hängt daher in erster Linie von der Entwicklung der eigenen Steuer- oder Umlagekraft und weniger von der Höhe der insgesamt zur Verfügung gestellten Schlüsselmasse ab. So kann ein gestiegenes Gesamtschlüsselzuweisungsvolumen bei überdurchschnittlicher Einnahmekraftentwicklung einer einzelnen Kommune oder einer Gruppe von Kommunen dort zu niedrigeren Schlüsselzuweisungen führen.

Grundsätzlich lassen die Daten der Tabelle in Anlage 3 aber erkennen, dass das nordrhein-westfälische Schlüsselzuweisungssystem als Ausgleichssystem für fehlende Einnahme wie beabsichtigt wirkt. Die unterdurchschnittliche Steuerkraft der Gemeinden des Ruhrgebietes und des Kreises Recklinghausen (vgl. Anlage 1) wird durch überdurchschnittliche Schlüsselzuweisungen angeglichen.

4. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die *Ausgaben für die Kreisumlage* ***in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen***

- ***die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***die kreisangehörigen Gemeinden im Ruhrgebiet,***
- ***die kreisangehörigen Gemeinden in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In der Anlage 4 sind die erbetenen Daten über die Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden für Kreisumlagen getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 in der Abgrenzung von Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt.

Die Daten lassen erkennen, dass die Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden für die Kreisumlage im Zeitraum von 1990 bis 2006 zunächst bis 1997 kontinuierlich angestiegen sind. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf steigende Ausgaben für soziale Leistungen zurückzuführen. Im Jahr 1998 ist allgemein ein Rückgang der Umlageausgaben festzustellen, der hauptsächlich im Zusammenhang mit der Einführung der Pflegeversicherung steht. In den Jahren 2005 und 2006 sind die Umlagen zu einem wesentlichen Teil in Folge der Arbeitsmarktreformen, die zum 01.01.2005 in Kraft getreten sind, deutlich angestiegen. Dabei ist zu beachten, dass den höheren Ausgaben für die Kreisumlagen auch Entlastungen der kreisangehörigen Gemeinden bei der Sozialhilfe gegenüberstehen.

Ein Vergleich der Kreisumlageausgaben ist wegen der unterschiedlichen Aufgaben- und Einwohnerstrukturen der Kreise, unter anderem auch bei der Durchführung der Leistungen des Sozialgesetzbuches II (Optionskommunen), nur eingeschränkt möglich.

5. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die** Solidarleistungen Ost **(Finanzierungsbeteiligung Fonds deutsche Einheit abzgl. Erstattungen zzgl. Nachzahlungen kassenmäßig pro Jahr) in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

Die Beteiligung der Kommunen an den Landesleistungen zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ erfolgt seit 1991 zum einen durch die bundesgesetzlich (Gemeindefinanzreformgesetz) geregelte, jährlich neu festzusetzende Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage und zum anderen über finanzausgleichssystematische Festlegungen, die sich auf die Höhe der Finanzausgleichsmasse im Steuerverbund auswirken.

Im Sinne der Fragestellung lassen sich als kommunale Solidarleistung für den Fonds „Deutsche Einheit“ nur die über die für diesen Zweck erhöhte Gewerbesteuerumlage erhobenen Beträge exakt darstellen.

Erstattungen oder Nachzahlungen hat es separiert für diesen Bereich nicht gegeben. Im Rahmen der bis 2005 vom Landesgesetzgeber beschlossenen Solidarbeitraggesetze ist versucht worden, für den gesamten Bereich der kommunalen Solidarbeitragsleistungen einen interkommunalen, horizontalen Ausgleich zu gestalten und zu moderieren. Dieser schloss jedoch neben der kommunalen Beteiligung am Fonds „Deutsche Einheit“ bis 1994 die Umsatzsteuertransfers der alten Bundesländer an die neuen Länder und ab 1995, nach der Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich, die sich daraus ergebenden finanziellen Auswirkungen auf die alten Bundesländer ein.

In der Anlage 5 sind – unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen – die erbetenen Finanzierungsbeteiligungen in der gewünschten Abgrenzung von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt. Die Daten machen deutlich, dass die Kommunen des Ruhrgebietes insgesamt bzw. die Städte des Kreises Recklinghausen in jedem der dargestellten 16 Jahre

deutlich weniger erhöhte Gewerbesteuerumlage je Einwohner als Beteiligung an den finanziellen Auswirkungen der Abwicklung des Fonds „Deutsche Einheit“ beigetragen haben als der durchschnittliche Einwohner in Nordrhein-Westfalen insgesamt.

6. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die** originären und Gesamt-Fehlbeträge **in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In der Anlage 6-1 sind die erbetenen Daten der Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte (jahresbezogene Fehlbeträge plus zu veranschlagende Fehlbeträge aus Vorjahren) getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 in der erbetenen regionalen Abgrenzung von Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt. In der Anlage 6-2 sind zudem die erbetenen Daten der jahresbezogenen (originären) Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 für die erbetenen Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt.

Hinsichtlich der Bewertung der Daten der Fehlbeträge in EUR/E bedarf es folgender Hinweise:

Der in der Fragestellung erbetene Pro-Kopf-Wert der Fehlbeträge ist nur eingeschränkt vergleichbar. Bei den durchschnittlichen Fehlbeträgen der Verwaltungshaushalte einer Ebene in EUR/E sind auch die Einwohnerzahlen von den Gemeinden in der Berechnung enthalten, bei denen keine Fehlbeträge in ihren Verwaltungshaushalten entstanden. Beispielsweise sind in den durchschnittlichen jahresbezogenen Fehlbetrag der kreisangehörigen Gemeinden für das Rechnungsjahr 2005 von 58,44 EUR/E auch die Einwohnerzahlen der 191 kreisangehörigen Gemeinden eingeflossen, die in diesem Jahr nicht zur Aufstellung eines HSK verpflichtet waren. Der im Vergleich hohe Wert der Städte des Kreises Recklinghausen von 267,77 EUR/E dürfte auch von kreisfreien Städten und/oder anderen Gemeinden des Ruhrgebiets oder anderer Regionen des Landes erreicht oder überschritten werden.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass im kameralen Rechnungswesen die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte spätestens im zweitnächsten Haushaltsjahr erneut zu veranschlagen und zu buchen sind. Durch die Vorschrift „spätestens“ haben sich in der kommunalen Praxis hauptsächlich Buchungen der „Altfehlbeträge“ in einem Rhythmus von zwei Jahren ergeben. Es gab aber auch (vor allem im kreisangehörigen Bereich) die Praxis, die Abdeckung der Fehlbeträge des Vorjahres bereits im nächst folgenden Haushaltsjahr zu vollziehen. In Einzelfällen hat es auch innerhalb eines Haushaltsjahres einen Wechsel vom Zweijahressystem zum Einjahressystem und wieder zurück gegeben. Auch aus diesem Grund sind die Daten nur eingeschränkt vergleichbar.

Hinsichtlich der Fehlbetragssituation ergeben sich durch die Umstellung des Rechnungswesens auf das NKF Veränderungen. Die Altlast von nicht gedeckten Fehlbeträgen der Verwaltungshaushalte aus Vorjahren in kameralen Haushalten, die sich bei den Gemeinden (GV) des Landes am Jahresende 2006 finanzstatistisch auf insgesamt rund 12,5 Mrd. EUR beliefen, wird nach der Umstellung auf das NKF die jeweilige Eröffnungsbilanz als kurzfristige Verbindlichkeiten belasten und das Eigenkapital in den Eröffnungsbilanzen insoweit vermindern. Für die einzelnen Gemeinden mit diesen Altlasten besteht die schwierige Aufgabe, diese kurzfristigen Verbindlichkeiten in Form von Krediten zur Liquiditätssicherung Stück für Stück abzutragen. Fehlbeträge aus vorherigen Zeitperioden kennt das NKF nicht. Es entsteht dann ggf. ein periodengerechter Fehlbetrag des Haushaltsjahres als Saldo von Aufwendungen und Erträgen, also mit anderem Inhalt als im kameralen Rechnungswesen. Im NKF wirken sich Fehlbeträge im Jahresabschluss mindernd auf das Eigenkapital aus.

Vorbemerkung zu den Fragen 7 und 8

In den Fragen 7 und 8 wird der Begriff „Buchkredite“ verwendet. Diesen Begriff kennt das kommunale Haushaltsrecht weder im kameralen Rechnungswesen noch im NKF. In den Antworten zu beiden Fragen wird auf den jeweiligen Stand der fundierten Schulden abgestellt. Fundierte Schulden sind die zur Finanzierung der Investitionen in den Kommunalhaushalten (Vermögenshaushalten) aufgenommenen Kredite (§ 86 GO NRW). Davon abgegrenzt und gesondert dargestellt wird der Stand der Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung (§ 89 GO NRW), die zur rechtzeitigen Leistung der Auszahlungen bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Betrag aufgenommen werden können.

7. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die** Buchkredite **und die** Kassenkredite **in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In der Anlage 7-1 sind die erbetenen Daten der fundierten Schulden (Investitionsschulden der Kernhaushalte) der kreisangehörigen Gemeinden getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 (jeweils zum 31.12.) in der regionalen Abgrenzung von Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt.

In entsprechender Weise sind in der Anlage 7-2 die Daten der Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung (jeweils Tagesstand zum 31.12.) dargestellt.

8 Welche** zehn Kommunen **(kreisangehörig und kreisfrei) hatten in NRW zum 31.12.2006

a) den höchsten Bestand an Kassenkrediten pro Kopf,

b) den höchsten Bestand an Buchkrediten pro Kopf,

c) die höchsten originären Defizite 2006 pro Kopf und

d) die höchsten Gesamtfehlbeträge pro Kopf?

Auf welchen Plätzen rangieren die** Städte des Kreises Recklinghausen **bei diesen Finanzindikatoren unter den kreisangehörigen Gemeinden?

In der Anlage 8-1 sind jeweils die zehn Kommunen (kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte/ Gemeinden) mit den höchsten Werten in EUR/E bei den fundierten Schulden zum 31.12.2006, bei den Kassenkrediten/ Krediten zur Liquiditätssicherung (Tagesstand 31.12.2006), bei den Fehlbeträgen der Verwaltungshaushalte im Jahr 2006 (Kassenstatistik 2006) und bei den jahresbezogenen (originären) Fehlbeträgen im Jahr 2006 (Kassenstatistik 2006) dargestellt.

In entsprechender Weise sind in der Anlage 8-2 die Rangfolgen der kreisangehörigen Städte des Kreises Recklinghausen dargestellt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die amtliche Kassenstatistik als Quartalsstatistik nur die Einnahmen und Ausgaben im jeweiligen Zeitraum und damit die Jahresergebnisse als Summe von vier Quartalen die Verhältnisse zum 31.12. abbilden. Dagegen erfasst die Jahresrechnungsstatistik auch die Jahresabschlussbuchungen nach dem 31.12., die in der kommunalen Praxis häufig mit erheblichen Auswirkungen auf den Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes in der Jahresrechnung vorkommen. Allerdings lagen die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik für das Jahr 2006 bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage noch nicht vor. Daher können die tatsächlichen Jahresabschlüsse 2006 bei den einzelnen nach der Fragestellung dargestellten Kommunen von den Beträgen der amtlichen Kassenstatistik abweichen und insoweit die dargestellte Rangfolge sowohl bei den Fehlbeträgen als auch bei den jahresbezogenen (originären) Fehlbeträgen beeinflussen.

Im Übrigen ist zu den beiden ersten Merkmalen darauf hinzuweisen, dass eine Rangfolge mit beiden Werten in der Summe der Verbindlichkeiten auch im Hinblick auf das NKF künftig aussagefähiger sein wird. Eine solche umfassendere Betrachtung der Verbindlichkeiten hat das Innenministerium im Kommunalfinanzbericht vom November 2006 vorgelegt (Landtag-Vorlage 14/795 vom 04.12.2006, Seite 48).

Deutlich wird die Problematik einer getrennten Betrachtung von fundierten Schulden und Kassenkrediten/Krediten zur Liquiditätssicherung am Beispiel der kreisfreien Stadt Münster, die bei den fundierten Schulden der Anlage 8-1 auf Rang 1 liegt, aber keine Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten gemeldet hat. Dagegen nimmt die Stadt Oberhausen bei den fundierten Schulden unter den kreisfreien Städten die Rangstelle 8 ein, die gleichzeitig aber bei den Kassenkrediten mit einem herausragenden Wert auf Rangplatz 1 liegt. In einer Zusammenstellung von fundierten Schulden und Kassenkrediten als Verbindlichkeiten in einer Summe nimmt die Stadt Oberhausen den ersten Rangplatz der kreisfreien Städte ein, während die Stadt Münster auf den ersten zehn Rangplätzen gar nicht erscheint.

Die Bertelsmann Stiftung hat im Februar 2007 in ihrem „Kommunalen Schuldenreport Nordrhein-Westfalen“ über die fundierten Schulden der kommunalen Kernhaushalte und über die Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung hinaus die Schulden der Fonds, Einrichtun-

gen und Unternehmen (FEU), an denen die Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, auf Grundlage einer Datenbereitstellung des LDS NRW ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Kommunen in dem zuletzt genannten Bereich mittelbar noch einmal mit erheblichen Schulden belastet sind.

B Arbeitsmarkt und Sozialstruktur

9. ***Wie haben sich in den einzelnen Jahren 1990 - 2006*** *die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse* ***für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen (ggf. gewichtete Durchschnitte)***

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In der Anlage 9 ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Jahren 1990 bis 2005 getrennt für die erbetenen regionalen Abgrenzungen dargestellt. Die entsprechenden Daten stehen für das Jahr 2006 noch nicht zur Verfügung.
Das LDS hat darauf hingewiesen, dass eine Person mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen nur einmal gezählt wird. Es werden lediglich Personenzählungen (Personenkonzept) und keine Fallzählungen einzelner Beschäftigungsverhältnisse (Fallkonzept) durchgeführt. Eine amtliche Statistik über die Mehrfachbeschäftigungsverhältnisse wird nicht geführt.

10. ***Wie haben sich in den einzelnen Jahren 1990 - 2004 die Anzahl der*** *Langzeitarbeitslosen* ***bzw. Zahl der*** *EmpfängerInnen von SGB II- / SGB III-Leistungen* ***für die Jahre 2005 / 2006 für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen (ggf. gewichtete Durchschnitte)***

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

Nach Möglichkeit sollten die Zahlen getrennt nach Dauer der Arbeitslosigkeit, Geschlecht, ausländischer Herkunft und Altersgruppen dargestellt werden.

Grundlage und Quelle für die Beantwortung der Frage 10 sind Daten, die durch das LDS aufbereitet und dargestellt wurden. Die erbetene Darstellung nach Dauer der Arbeitslosigkeit,

Geschlecht, ausländischer Herkunft und Altergruppen ist auf Grundlage dieser Daten nicht möglich.

In der Anlage 10-1 ist die Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen mit einer Dauer der Arbeitslosigkeit von einem Jahr und länger in den Jahren 1993 bis 2004 dargestellt. Die Daten wurden vor 1993 nach Arbeitsamtsbezirken erhoben und werden erst seit 1993 gemeindescharf bereit gestellt, so dass entsprechende Daten für die Jahre von 1990 bis 1992 nicht zur Verfügung stehen.

Die Entwicklung der Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II) und von Arbeitslosengeld I nach dem Sozialgesetzbuch, Drittes Buch (SGB III) ist in der Anlage 10-2 dargestellt.

Setzt man diese Daten ins Verhältnis zur Einwohnerzahl der jeweiligen Kommunen (Anlage 10-1) wird deutlich, dass die Quote im Kreis Recklinghausen in den meisten Jahren leicht unterhalb der Quote des gesamten Ruhrgebietes, aber stets über der Quote der kreisangehörigen Gemeinden des Ruhrgebietes lag. In Relation zu der landesweiten Quote lagen die Werte immer oberhalb der Quote der Kommunen des Landes NRW insgesamt bzw. des Landes NRW ohne Ruhrgebiet, vor allem bezüglich der kreisangehörigen Gemeinden. Allerdings ist festzustellen, dass die Steigerungsraten in den betreffenden Jahren auf Grund des bereits hohen Niveaus im Jahr 1993 in den Kommunen des Kreises Recklinghausen unterhalb der Steigerungsraten des Ruhrgebiets und unterhalb der NRW-weiten Steigerungsraten lagen.

11. Wie hoch war im Jahre 2005 die Zahl der Personen in Haushalten mit einem Einkommen von weniger als 50 % des bundesdeutschen Durchschnittseinkommens für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)?***

Die erbetenen Daten für das Jahr 2005 sind in Anlage 11 dargestellt. Hinzuweisen ist dabei auf folgende statistische Einschränkungen und Klarstellungen.

In der Sozialberichterstattung des Landes NRW wird die in dieser Frage angesprochene Armutsrisikoschwelle auf der Basis des Mikrozensus ermittelt. Der Mikrozensus erlaubt es, auf Grund der hohen Fallzahl für NRW grundsätzliche auch regionale Aspekte der Einkommensverteilung abzubilden. Die 54 kreisfreien Städte und Kreise des Landes werden dabei in 33 so genannte regionale Anpassungsschichten zusammengefasst. Aussagen auf Gemeindeebene sind dagegen nicht möglich. Auch Auswertungen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte stoßen an Fallzahlgrenzen.

Die nachfolgend aufgezeigten Ergebnisse weichen von den Armutsquoten des Sozialberichtes NRW 2007 ab, da dort grundsätzlich das Durchschnittseinkommen des Landes NRW zugrunde gelegt worden ist (1.229 Euro), wohingegen hier ein Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnittseinkommen hergestellt werden soll. Dieses betrug laut Mikrozensus im Jahr 2005 1.219 Euro. Die bundesweite 50 % - Armutsrisikoschwelle lag damit bei 608 Euro.

12. Wie haben sich in den einzelnen Jahren 1990 - 2006 die *Anteile der LeistungsempfängerInnen nach den Sozialgesetzen (BSHG, SGB II, SGB III, SGB XII)* ***an der Gesamtbevölkerung für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen (ggf. gewichtete Durchschnitte)***

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

Die Anlage 12-1 zeigt die Entwicklung der Empfänger von Leistungen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG jeweils zum 31.12. der Jahre 1995 bis 2004. Da die Statistik der Sozialhilfe im Jahr 1994 reformiert und erweitert wurde, können die Ergebnisse der vorangegangenen Jahre mit diesen Daten nicht verglichen werden. Einerseits haben Asylbewerber seit November 1993 keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe nach dem BSHG, sondern erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vom 30.06.1993. Weiterhin handelt es sich bei den vorliegenden Zahlen um Bestandszahlen zu einem bestimmten Zeitpunkt (hier 31.12. des jeweiligen Jahres).

Die Entwicklung der Zahl der Leistungsempfänger nach dem SGB II und von Arbeitslosengeld I nach dem SGB III im Verhältnis zur Einwohnerzahl in den Jahren 2005 und 2006 ergibt sich aus der Anlage 12-2.

Die Anzahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII ist für das Jahr 2005 in der Anlage 12-3 abgebildet. Für das Jahr 2006 liegen dem LDS noch keine Daten vor.

Der überproportionale Rückgang der Zahl der Sozialhilfeempfänger vom Jahr 2004 auf das Jahr 2005 ist auf die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige, bedürftige Personen zum 01.01.2005 zurückzuführen. Die bis dahin nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) anspruchsberechtigten Erwerbsfähigen wurden in das SGB II überführt. Die bedürftigen Nichterwerbsfähigen sowie bedürftige Personen über 65 Jahre erhalten Leistungen auf der Grundlage des SGB XII.

C Konsolidierung

13. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die *Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen* ***in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen***

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***

- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In der Anlage 13 sind die erbetenen Daten über Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 in der gewünschten regionalen Abgrenzung von Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt.

Viele Kommunen haben – insbesondere in den vergangenen Jahren – zum Ausgleich des Haushalts oder zur Verringerung von Fehlbeträgen Vermögen veräußert. In welchem Verhältnis diese Vermögensveräußerungen zum gesamten Anlage- und Finanzvermögen einer Gemeinde steht, lässt sich aus den finanzstatistischen Daten des bisherigen kameralen Haushaltsrechts nicht ablesen. Die Einnahmen aus Veräußerungen von Vermögen vermitteln lediglich ein Bild der jährlichen Vermögenstransfers. Sie geben keine Auskunft darüber, in welchem Umfang gleichzeitig neue Vermögenssubstanz aufgebaut wurde und wie hoch der Wert der vorhandenen Vermögenssubstanz anzusetzen ist. Um dazu Näheres auf der Basis kameraler Rechnungsdaten festzustellen, müssten auch die Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken und Beteiligungen und die Bauausgaben sowie die Rückzuführungen aus den Vermögenshaushalten an die Verwaltungshaushalte betrachtet werden.

Bei der Interpretation der Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen ist darüber hinaus zu beachten, dass darin auch die Einnahmen der kommunalen Kernhaushalte enthalten sind, die bei der Bildung rechtlich selbständiger kommunaler Unternehmen anfallen.

Nach der flächendeckenden Einführung des NKF werden zukünftig für alle Kommunen Informationen über das kommunale Anlagevermögen und die kommunalen Finanzanlagen zur Verfügung stehen. In den Bilanzen werden das kommunale Anlagevermögen und die kommunalen Finanzanlagen im Verhältnis zu den kommunalen Verbindlichkeiten und deren jährliche Veränderungen ausgewiesen und damit transparent gemacht.

14. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die kommunalen *Sachinvestitionen* ***(Gruppierungs-Nr. 94-96) in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen***

- ***Kreis Recklinghausen insgesamt sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In der Anlage 14 sind die erbetenen Daten über Sachinvestitionen, soweit sie zu den Gruppierungsziffern 94 bis 96 (Ausgabearten des kameralen Rechnungswesens) gehören, getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 in der gewünschten regionalen Abgrenzung von Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt.

Hinzuweisen ist darauf, dass es sich bei den in der Fragestellung benannten Gruppierungsziffern 94 bis 96 im Bereich der Sachinvestitionen um die kommunalen Bauausgaben handelt. In den Kommunalfinanzberichten des Innenministeriums NRW und in anderen Auswertungen werden die kommunalen Sachinvestitionen anders abgegrenzt. Dort werden zu den Sachinvestitionen zusätzlich die Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken und für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (Gruppierungsziffern 932 und 935) gezählt.

Die Daten in der Tabelle der Anlage 14 zeigen seit 1992 einen kontinuierlichen Rückgang der Ausgaben für Investitionen. Das Innenministerium hat den Landtag in den Kommunalfinanzberichten regelmäßig über diese Entwicklung ausführlich informiert. Dabei ist bereits darauf hingewiesen worden, dass in den Kommunalhaushalten nur noch ein Teil der kommunalen Investitionstätigkeit abgebildet wird. Durch die Ausgliederung kommunaler Einrichtungen aus den Kommunalhaushalten werden große Teile der kommunalen Investitionstätigkeit in eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, Eigenbetrieben, Anstalten des öffentlichen Rechts oder in kommunalen Unternehmen durchgeführt. So wurde beispielsweise in dem Zeitraum von 1990 bis 2006 in vielen Gemeinden die Abwasserbeseitigung aus den Kommunalhaushalten in eigenbetriebsähnliche Einrichtungen oder Anstalten des öffentlichen Rechts ausgelagert. In vielen Städten und Gemeinden werden Investitionen inzwischen in vergleichbarer Höhe oder sogar zum größeren Teil in ausgegliederten Bereichen, wie zum Beispiel in Immobilien-, Gebäudemanagement- oder Liegenschaftsbetrieben, durchgeführt. Deshalb sind die in den kommunalen Kernhaushalten ausgewiesenen Bausausgaben wegen des unterschiedlichen Grades der Ausgliederungen nur unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Organisationsstrukturen vergleichbar. Dieser Vorbehalt gilt auch hinsichtlich der Durchschnittswerte der kommunalen Ebenen, denen insoweit nur eine eingeschränkte Aussagekraft zukommen kann. Nach der flächendeckenden Einführung des NKF kann im Rahmen des Gesamtabschlusses eine bessere Informationsgrundlage über die Investitionen erreicht werden, wenn eine entsprechende finanzstatistische Erfassung erfolgt.

15. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die** Investitionen der kommunalen Unternehmen **(nur Mehrheitsbeteiligungen) in € pro EinwohnerIn für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen

- ***Kreis Recklinghausen insgesamt sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In der Anlage 15 sind die Investitionen der Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist, getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1998 bis 2005 in der gewünschten regionalen Abgrenzung von Gebietskörperschaften oder Gruppen von Gebietskörperschaften in EUR/E dargestellt. Grundlage der Datenauswertung ist die Jahresabschlussstatistik über Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist. Dabei werden die kommunalen Anteile bei unmittelbarer bzw. die rückgerechneten kommunalen Anteile bei mittelbarer Beteiligung, die sich über die Berücksichtigung der Anteile von und an zwischengeschalteten weiteren Unternehmen ergeben, herangezogen, um die Investitionen auf Gemeinden/GV zu verteilen. Statistische Daten

über die FEU stehen in dieser rückgerechneten Form ab dem Jahr 1998 zur Verfügung. Bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage waren die Daten für das Jahr 2006 noch nicht erhältlich. Deshalb kann die Frage nur für den Zeitraum von 1998 bis 2005 beantwortet werden. Bei den Daten für 2005 handelt es sich um ein vorläufiges Ergebnis aus der laufenden Datenaufbereitung, weil 20 FEU ihrer Berichtspflicht zur Jahresabschlussstatistik bis zum Zeitpunkt der Datenauswertung noch nicht nachgekommen waren.

Bei der Auswertung der Daten ist zu berücksichtigen, dass der auf eine Kommune entfallende Anteil der Investitionen der FEU von den in der Tabelle aufgeführten Werten abweichen kann, weil im Rahmen der Erhebung der FEU-Statistik die Investitionen je Unternehmen, aber nicht nach Anteilseignern erfasst werden. Bei den Daten der Anlage 15 handelt es sich daher um das Ergebnis von im LDS NRW durchgeführten Verteilungsrechnungen. Es bleibt hinzuzufügen, dass aufgrund hier ausgewiesener Werte keinesfalls der Rückschluss zu ziehen ist, dass die Investition tatsächlich im Gebiet der jeweils dargestellten Körperschaft durchgeführt wurde, da die Aktivität am Sitz des Unternehmens, der nicht mit der jeweiligen Körperschaft identisch sein muss, vollzogen sein kann.

In die Auswertung sind alle im Rahmen der Jahresabschlussstatistik erfassten Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, Anstalten öffentlichen Rechts, Eigengesellschaften sowie Beteiligungsgesellschaften, an denen die öffentliche Hand Anteile von mehr als 50% am Nennkapital bzw. am Stimmrecht besitzt, einbezogen. Unternehmen, an denen ausschließlich Bund, Land, Zweckverbände und andere Organisationen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit oder Sozialversicherungsträger beteiligt sind (also ohne jegliche kommunale Beteiligung), blieben unberücksichtigt.

Zu der Verteilungsrechnung des LDS auf die Kommunen ist auf folgendes hinzuweisen: Bei unmittelbarer Beteiligung wurden zur Rückrechnung der Investitionen auf den kommunalen Träger oder Eigner zunächst die Anteile der jeweiligen Gemeinde/ des Gemeindeverbands am zu untersuchenden Unternehmen ermittelt; entsprechend dem prozentualen Anteil am Nennkapital (Stimmrecht) wurden die Gesamtinvestitionen auf die betreffende Körperschaft rückgerechnet. Bei mittelbarer Beteiligung wurden die prozentualen Anteile aller zwischengeschalteten Unternehmen multipliziert, um den Faktor für die durchzuführende Verteilungsrechnung der Investitionsausgaben auf die entsprechende kommunale Körperschaft zu ermitteln.

16. Wie haben sich in den einzelnen Haushaltsjahren 1990 - 2006 die** Hebesätze **der Gewerbesteuer und der Grundsteuer für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen (ggf. gewichtete Durchschnitte)

- ***Kreis Recklinghausen sowie die einzelnen Kommunen im Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***
- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

In den Anlagen 16-1 bis 16-3 sind die Hebesätze der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer getrennt nach den einzelnen Haushaltsjahren von 1990 bis 2006 der Gemeinden in NRW insgesamt, nach kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden

in NRW, nach Gemeinden im Kreis Recklinghausen und den einzelnen Gemeinden in diesem Kreis dargestellt.

Zur Ermittlung der gewogenen Durchschnittshebesätze auf Landesebene (bei der Differenzierung kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden) und auf Kreisebene wurde das Ist-Aufkommen der Gemeinden bei den einzelnen Realsteuerarten durch den örtlichen Hebesatz dividiert, wodurch ein Grundbetrag je Steuerart festgestellt wurde. Das Ist-Aufkommen und die Grundbeträge werden anschließend auf Kreisebene oder der Ebene der kreisfreien Städte bzw. kreisangehörigen Gemeinden summiert. Durch Division der aggregierten Ist-Aufkommen durch die summierten Grundbeträge ergibt sich der gewogene Durchschnittshebesatz für die jeweilige Steuerart. Vom LDS NRW werden regelmäßig die gewogenen Durchschnittshebesätze auf Landesebene und nach den Gruppen der kreisangehörigen und kreisfreien Städte berechnet. Auf diese Angaben begrenzen sich die Tabellen der Anlagen 16-1 bis 16-3. Eine darüber hinausgehende Differenzierung nach Körperschaftsgruppen, wie sie in der Fragestellung erbeten ist, war nicht verfügbar und hätte nur mit einem unvertretbar hohen zusätzlichen Aufwand beim LDS NRW erstellt werden können. Darauf wurde verzichtet, weil ansonsten die umfangreichen statistischen Auswertungen zu allen Fragen in der für die Beantwortung der Großen Anfrage 12 zur Verfügung stehenden Frist nicht hätten geleistet werden können.

17. Welche** zehn Kommunen **haben im Jahr 2007 die höchsten Hebesätze der Grundsteuer B, welche 10 die höchsten Hebesätze der Gewerbesteuer unter den kreisangehörigen Gemeinden?
Auf welchen Plätzen rangieren die** Gemeinden des Kreises Recklinghausen **im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Gemeinden?

In Anlage 17-1 sind jeweils die zehn kreisfreien Städte und die zehn kreisangehörigen Gemeinden in NRW aufgeführt, die bei der Grundsteuer A, bei der Grundsteuer B oder bei der Gewerbesteuer die höchsten Hebesätze festgesetzt haben. Die einzelnen Hebesätze wurden dabei auf der Grundlage des Haushaltsjahres 2006 aufgeführt. Die von den Gemeinden für 2007 festgesetzten Hebesätze sind im Rahmen der amtlichen Finanzstatistik noch nicht verfügbar.

In Anlage 17-2 sind die Rangplätze der kreisangehörigen Städte des Kreises Recklinghausen für jede Stadt und getrennt nach den Hebesätzen der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer aufgeführt.

D Nothaushalt und Haushaltssicherung

18. Wie hat sich die Zahl der Gemeinden, die in den einzelnen Jahren 1990 – 2006 entweder unter das** Nothaushaltsrecht **fielen oder ein genehmigtes** Haushaltssicherungskonzept **erhielten oder einen** ausgeglichen Haushalt **vorlegen konnten, für die nachfolgenden regionalen Abgrenzungen (ggf. gewichtete Durchschnitte)

- ***Kreis Recklinghausen,***
- ***Ruhrgebiet insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits im Ruhrgebiet,***

- ***NRW (ohne Ruhrgebiet) insgesamt sowie kreisfreie Gemeinden einerseits, kreisangehörige andererseits in NRW (ohne Ruhrgebiet)***

entwickelt?

Der Gesetzgeber hat die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1993 in die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) aufgenommen. Damit wurde den Gemeinden (GV) die Möglichkeit eröffnet, den Haushaltsausgleich nicht sofort, sondern in einem mittelfristigen Konsolidierungskonzept nachzuweisen. In der Zeit von 1990 bis 1993 gab es mithin keine Gemeinden, die auf Grundlage der GO NRW ihre Haushaltwirtschaft mit einem HSK führten.

Vor 1993 wurden HSK in zwei Bereichen eingesetzt. Nach § 17 Abs. 3 Gemeindefinanzierungsgesetz 1987 wurde die Bereitstellung einer hälftig zurückzuzahlenden Haushaltssicherungshilfe an die Voraussetzung geknüpft, in einem HSK einen Haushaltsausgleich in bis zu vier nachfolgenden Haushaltsjahren nachzuweisen. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Hilfe erfüllten damals sieben Städte des Landes, die bis 1990 ihre Haushalte ausglichen. In § 16 a Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 (GV. NRW. 1991, S. 214) wurde die Auflösung des Ausgleichsstockes für jährliche Fehlbetragsabdeckungen bei Gemeinden bis zu 25.000 Einwohnern geregelt. Nach der Anlage 3 zu § 16 a Abs. 1 GFG 1991 erhielten 22 kreisangehörige Gemeinden insgesamt rund 210 Mio. DM als Schuldenentlastungshilfe, die unter der Voraussetzung gewährt wurde, dass die Gemeinde ein vom Rat beschlossenes und genehmigungspflichtiges HSK vorlegt, in dem der Haushaltsausgleich bis zum Jahr 1994 nachgewiesen wird.

Die amtlichen Finanzstatistiken erfassen nicht die Zugehörigkeit einer Gemeinde (GV) zur Gruppe der Gemeinden mit ausgeglichenem Haushalt, mit genehmigtem HSK oder ohne genehmigtes HSK in vorläufiger Haushaltswirtschaft. Das Innenministerium hat daher im Haushaltsjahr 2000 ein internes Meldeverfahren eingeführt, mit dem gemeindebezogen wesentliche Merkmale der Haushaltssicherung durch die Aufsichtbehörden erfasst und fortgeschrieben werden. Für den Zeitraum bis 1999 liegen deshalb keine gesicherten Daten vor. Aus Berichten bekannt ist die Anzahl der HSK-Kommunen in den Jahren 1997 bis 1999, jedoch wurde nicht erfasst, ob das HSK genehmigungsfähig war.

Die Anzahl der Haushaltsicherungskommunen (Gemeinden und Kreise) entwickelte sich von 1997 bis 2007 wie folgt:

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*
135	114	111	99	98	110	182	182	200	198	188

* Stand 30.06.2007

Die Anzahl dieser Haushaltssicherungskommunen, die sich infolge eines nicht genehmigten HSK in vorläufiger Haushaltswirtschaft befanden, entwickelte sich von 2000 bis 2007 wie folgt:

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*
7	9	37	62	75	105	113	108

* Stand 30.06.2007

Nach den erfragten regionalen Abgrenzungen ergibt sich folgendes Bild:

Anzahl der Gemeinden ohne HSK

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*
Kreis Recklinghausen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ruhrgebiet	18	17	17	8	7	7	9	10
a) kreisfrei	0	0	0	0	0	0	1	2
b) kreisangehörig	18	17	17	8	7	7	8	8
NRW (ohne Ruhrgebiet)	279	282	269	213	212	193	194	204
a) kreisfrei	7	7	4	3	2	2	2	2
b) kreisangehörig	272	269	264	210	210	191	192	202

Anzahl der HSK-pflichtigen Gemeinden

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*
Kreis Recklinghausen	10	10	10	10	10	10	10	10
Ruhrgebiet	32	33	33	42	43	43	41	40
a) kreisfrei	10	11	11	11	11	11	10	9
b) kreisangehörig	22	22	21	31	32	32	31	31
NRW (ohne Ruhrgebiet)	67	64	77	132	132	148	147	137
a) kreisfrei	6	6	8	9	9	9	9	9
b) kreisangehörig	61	58	69	123	123	139	138	128

Anzahl der Gemeinden in vorläufiger Haushaltswirtschaft auf Grund eines nicht genehmigten HSK

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*
Kreis Recklinghausen	0	0	5	9	10	9	10	10
Ruhrgebiet	2	4	12	18	21	23	24	25
a) kreisfrei	2	4	6	7	8	8	8	7
b) kreisangehörig	0	0	6	11	13	15	16	18
NRW (ohne Ruhrgebiet)	5	5	25	44	54	82	99	83
a) kreisfrei	2	2	5	7	8	7	6	5
b) kreisangehörig	3	3	20	37	46	75	83	78

19. Welche Gemeinden in NRW (gegliedert nach Kreis Recklinghausen, Ruhrgebiet ohne Kreis Recklinghausen und NRW ohne Ruhrgebiet) geben aktuell an, dass sie den** Gesamtausgleich **(inklusive Abdeckung der Altfehlbeträge) bis einschließlich 2015 nicht mehr erreichen werden?

Den Begriff „Gesamtausgleich“ kennen kamerales und doppisches Haushaltsrecht nicht. Der Begriff „Haushaltsausgleich“ ist in § 75 GO NRW sowohl im bisherigen kameralen Haushaltsrecht als auch im NKF definiert. Allerdings ist der Haushaltsausgleich in den beiden Rechungssystemen an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft. In der Übergangsphase zum NKF bis zum 01.01.2009 ist daher zu unterscheiden, ob die Gemeinden auf der Grundlage des kameralen Rechnungswesens oder des NKF angeben, bis 2015 keinen Haushaltsausgleich erzielen zu können.

Die HSK sind den örtlichen Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vorzulegen. Nach den Meldungen der örtlichen Aufsichtsbehörden haben die nachfolgenden Städte und Gemeinden angegeben, den Haushaltsausgleich (inklusive Abdeckung der Altfehlbeträge) bis einschließlich 2015 nicht mehr erreichen zu können (Stand 30.06.2007):

A. Gemeinden, die noch das kamerale Haushaltsrecht anwenden

Kreis Recklinghausen:

Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Gladbeck, Haltern am See, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen, Waltrop

Ruhrgebiet:

Bottrop, Duisburg, Essen, Hagen, Herne, Oberhausen,
Neukirchen-Vluyn, Voerde, Witten

NRW (ohne Ruhrgebiet):

Leverkusen, Mönchengladbach, Remscheid, Wuppertal,
Alfter, Alsdorf, Bad Honnef, Bad Münstereifel, Bad Berleburg, Bergneustadt, Blankenheim, Bornheim, Düren, Engelskirchen, Erwitte, Euskirchen, Freudenberg, Greven, Heimbach, Hellenthal, Herscheid, Herzogenrath, Hilchenbach, Inden, Korschenbroich, Kreuzau, Langerwehe, Linnich, Lüdenscheid, Menden, Meschede, Monschau, Netphen, Nideggen, Nörvenich, Nümbrecht, Porta-Westfalica, Rheinbach, Ruppichteroth, Sankt Augustin, Schleiden, Simmerath, Stolberg, Swistal, Titz, Waldbröl, Warstein, Welver, Weilerswist, Werdohl, Werl, Wickede, Windeck, Würselen, Zülpich

B. Gemeinden, die auf das NKF umgestellt haben

Kreis Recklinghausen:

Fehlanzeige

Ruhrgebiet:

Gelsenkirchen (keine Angabe eines Jahres zur Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs)

NRW (ohne Ruhrgebiet):

Altena, Bergisch-Gladbach, Burscheid, Gummersbach, Greven (Umstellung auf NKF 2007; Haushalt noch nicht angezeigt), Jüchen, Kürten, Laer, Leichlingen, Marienheide, Metelen, Overath, Radevormwald, Rösrath, Schlangen, Soest, Steinfurt, Tecklenburg, Wipperfürth, Wülfrath, (die Stadt Hückeswagen hat angekündigt, dass sie in einem Nachtragshaushalt 2007 durch erhebliche Haushaltsverbesserungen die vorläufige Haushaltswirtschaft verlassen wird).

20. Welche Gemeinden in NRW (gegliedert nach Kreis Recklinghausen, Ruhrgebiet ohne Kreis Recklinghausen und NRW ohne Ruhrgebiet) mussten in letzten fünf Jahren ihren im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Zeitpunkt des originären Haushaltsausgleich (mehrfach) verschieben und wurden allein deshalb einem** *zweijährigen Nothaushaltsrecht* **(gemäß Erlass IM-NW v. 03.06.2003, Teil III) unterworfen?

Das HSK dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es ist der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorzulegen und bedarf ihrer Genehmigung. Die Genehmigung kann nach § 76 Abs. 2 GO NRW nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Nach kameralen Haushaltsrecht, das für die Gemeinden noch anzuwenden ist, die noch nicht vollständig auf das NKF umgestellt haben, kann nach § 75 Abs. 4 GO NRW (alte Fassung) die Genehmigung nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im vierten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr die Einnahmen die Ausgaben decken werden.

Folgende Kommunen haben in den Jahren 2002 bis 2006 nach den Meldungen der Aufsichtsbehörden den Zeitpunkt für den jahresbezogenen Haushaltsausgleich mindestens einmal verschoben:

Kreis Recklinghausen:

Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Gladbeck, Haltern, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen, Waltrop

Ruhrgebiet (ohne Kreis Recklinghausen):

Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Hagen, Herne,
Dinslaken, Hünxe, Moers, Neukirchen-Vluyn, Lünen, Schwelm, Selm, Sprockhövel, Voerde, Witten

NRW (ohne Ruhrgebiet):

Bielefeld, Krefeld, Mönchengladbach, Remscheid, Solingen, Wuppertal,
Ahlen, Alfter, Altena, Bad Berleburg, Bad Laasphe, Balve, Bergisch Gladbach, Brilon, Bornheim, Burscheid, Dörentrup, Dülmen, Eitorf, Erndtebrück, Freudenberg, Grefrath, Greven, Grevenbroich, Herscheid, Hilchenbach, Hopsten, Jüchen, Kierspe, Korschenbroich, Kürten, Laer, Leichlingen, Lüdenscheid, Menden, Meschede, Metelen, Mettmann, Minden, Monheim am Rhein, Netphen, Neunkirchen-Seelscheid, Overath, Porta-Westfalica, Rösrath, Ruppichteroth, Schieder-Schwalenberg, Schlangen, Soest, St. Augustin, Steinfurt, Tecklenburg, Titz, Viersen, Warstein, Werl, Wickede, Windeck, Wülfrath.

Dem Innenministerium ist nur ein Fall bekannt, in dem die Genehmigung eines HSK allein auf Grund der in der Fragestellung genannten Erlassregelung versagt wurde: Alfter.

21. Welche Gemeinden in NRW (gegliedert nach Kreis Recklinghausen, Ruhrgebiet ohne Kreis Recklinghausen und NRW ohne Ruhrgebiet) konnten in den letzten fünf Jahren nach einer Phase des Nothaushaltsrechts wieder ein** genehmigtes Haushaltssicherungskonzept **vorlegen, und in welchen Fällen davon fiel dies mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement zusammen?

Eine Abfrage des Innenministeriums bei den örtlichen Aufsichtsbehörden hat ergeben, dass in den zurückliegenden fünf Jahren folgende Städte und Gemeinden nach einer Phase der vorläufigen Haushaltswirtschaft auf Grund eines nicht genehmigten HSK wieder ein genehmigungsfähiges HSK vorlegen konnten:

Kreis Recklinghausen:

Castrop-Rauxel, Waltrop.

In beiden Fällen fiel der Übergang aus der vorläufigen Haushaltswirtschaft in ein genehmigtes HSK nicht mit der Umstellung auf das NKF zusammen.

Ruhrgebiet:

Bochum, Dortmund, Hagen, Herne, Dinslaken, Moers, Sprockhövel.

In allen Fällen fiel der Übergang aus der vorläufigen Haushaltswirtschaft in ein genehmigtes HSK nicht mit der Umstellung auf das NKF zusammen.

NRW (ohne Ruhrgebiet):

Aachen, Bielefeld, Krefeld, Dülmen, Elsdorf, Erftstadt, Hennef, Hopsten, Kierspe, Neunkirchen-Seelscheid, Sankt Augustin, Weilerswist.

In allen Fällen fiel der Übergang aus der vorläufigen Haushaltswirtschaft in ein genehmigtes HSK nicht mit der Umstellung auf das NKF zusammen.

22. Welche Gemeinden in NRW (gegliedert nach Kreis Recklinghausen, Ruhrgebiet ohne Kreis Recklinghausen und NRW ohne Ruhrgebiet) konnten in den letzten fünf Jahren nach einer Phase der Haushaltssicherung wieder einen** ausgeglichenen Haushalt **vorlegen, und in welchen Fällen davon fiel dies mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement zusammen?

Eine Abfrage des Innenministeriums bei den örtlichen Aufsichtsbehörden hat ergeben, dass in den zurückliegenden fünf Jahren folgende Städte und Gemeinden nach einer Phase der Haushaltssicherung wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten:

Kreis Recklinghausen:

Fehlanzeige.

Ruhrgebiet:

Mülheim an der Ruhr (mit Umstellung auf NKF),
Bergkamen (mit Umstellung auf NKF), Gevelsberg, Holzwickede, Kamen (mit Umstellung auf NKF).

In den Fällen ohne Klammerzusatz fiel der Übergang aus der Haushaltssicherung in eine ausgeglichene Haushaltswirtschaft nicht mit der Umstellung auf das NKF zusammen.

NRW (ohne Ruhrgebiet):

Märkischer Kreis (mit Umstellung auf NKF), Anröchte, Bergheim, Bestwig (mit Umstellung auf NKF), Beverungen (mit Umstellung auf NKF), Burbach, Coesfeld (mit Umstellung auf NKF), Dormagen, Eitorf, Enger (mit Umstellung auf NKF), Erndtebrück (mit Umstellung auf NKF), Eschweiler (mit Umstellung auf NKF, Haushalt zur Zeit in Prüfung), Geseke, Gronau, Heiligenhaus (mit Umstellung auf NKF), Hemer, Herzebrock-Clarholz (mit Umstellung auf NKF), Höxter (mit Umstellung auf NKF), Jüchen (mit Umstellung auf NKF), Lienen, Lotte, Lohmar (mit Umstellung auf NKF), Minden (mit Umstellung auf NKF), Monheim am Rhein (mit Umstellung auf NKF), Neunkirchen (mit Umstellung auf NKF), Nordwalde, Oerlinghausen, Olsberg (mit Umstellung auf NKF), Rahden, Schleiden, Zülpich (mit Umstellung auf NKF).

In allen Fällen ohne Klammerzusatz fiel der Übergang aus der Haushaltssicherung in eine ausgeglichene Haushaltswirtschaft nicht mit der Umstellung auf das NKF zusammen.

23. Welchen Stellenwert können** Finanzprognosen **über vier (originärer Ausgleich) bzw. neun Jahre (Gesamtausgleich) haben angesichts der bekannten Risiken (Konjunkturentwicklung, Steuerrechtsänderungen, Unternehmens-Umstrukturierungen etc. pp.)?

Das HSK hat nach § 76 GO das Ziel, dass die Gemeinde schnellstmöglich zu einer geordneten Haushaltswirtschaft mit einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehrt.

Soweit das HSK noch nach kameralem Haushaltsrecht aufzustellen ist, ist nach § 75 Abs. 4 GO NRW a.F. innerhalb von vier Jahren der jahresbezogene Haushaltsausgleich wieder herzustellen; spätestens nach weiteren fünf Jahren müssen die vorgetragenen Fehlbeträge

aus Vorjahren ausgeglichen sein. Ein genehmigungsfähiges HSK muss daher spätestens nach neun Jahren den Haushaltsausgleich wieder erreichen.

Mit der Einführung des HSK in die Gemeindeordnung im Jahr 1993 hat der Gesetzgeber das Ziel verfolgt, Gemeinden in einer angespannten Haushaltslage abweichend von Grundsatz des jährlichen Haushaltsausgleichs die Wiederherstellung einer geordneten Haushaltswirtschaft in einem Zeitraum, der sich an der mittelfristigen Finanzplanung orientierte, zu ermöglichen. Dem lag der Gedanke zugrunde, dass Konsolidierungsmaßnahmen, auch wenn sie beschlossen sind und an ihrer Umsetzung gearbeitet wird, ihre Wirkung in vielen Fällen nicht sofort, sondern erst in folgenden Haushaltsjahren entfalten können.

Alle öffentlichen Haushaltsebenen sind seit dem Stabilitätsgesetz von 1969 verpflichtet, mit einer mittelfristigen Finanzplanung über das Haushaltsplanjahr hinaus drei weitere Haushaltsjahre zu planen. Die maximale Laufzeit für das HSK lehnte sich in seiner Ursprungskonzeption daran an, weshalb die Genehmigungsfähigkeit an die Voraussetzung zur Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs in maximal 4 Jahren geknüpft wurde.

Angesichts sich verschlechternder Finanzverhältnisse sowie durch nachdrückliche Initiativen vieler Kommunen in Haushaltssicherung und auch der kommunalen Spitzenverbände hat der Gesetzgeber schließlich die Genehmigungsvoraussetzung für HSK auf den jahresbezogenen Fehlbetrag (originären Fehlbetrag) bezogen (§ 75 Abs. 4 GO NRW a.F.). Das Innenministerium hat ergänzend unter Berücksichtigung allgemeiner finanzplanerischer Grundsätze durch Verwaltungsanweisung gegenüber den Aufsichtsbehörden festgelegt, dass HSK nur dann genehmigungsfähig sind, wenn der Abbau der aus Vorjahren vorgetragenen Fehlbeträge (Altfehlbeträge) innerhalb von weiteren maximal fünf Jahren im HSK planerisch nachgewiesen wird. Hinsichtlich des gesamten kameralen Konsolidierungszeitraumes (einschließlich der Abdeckung der Altfehlbeträge) besteht auch in der Rechtsprechung die Auffassung, dass der äußerste zeitliche Rahmen zehn Jahre beträgt.

Prognoseentscheidungen sind immer mit dem Risiko verbunden, dass sich die tatsächlichen Verhältnisse anders als erwartet entwickeln. Nicht zu bestreiten ist außerdem, dass die mittelfristige Finanzplanung ebenso wie die Aufstellung von HSK mit zunehmenden Unsicherheiten verbunden ist, je weiter sie sich vom aktuellen Haushaltsjahr entfernen.

Bei der Aufstellung von HSK können Unsicherheiten über zukünftige Entwicklungen auf verschiedene Weise minimiert werden:

- Die Berücksichtigung der vom Innenministerium jährlich bekannt gegebenen Orientierungsdaten hilft den Gemeinden bei der Einschätzung der jeweils örtlich unterschiedlichen Entwicklungen, insbesondere bei den wichtigsten Steuern und den Zuweisungen aus dem Finanzausgleich. Dabei bleibt es Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde (GV), anhand der Empfehlungen unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten die für ihre Finanzplanung zutreffenden bzw. erforderlichen Plandaten zu ermitteln und festzulegen.
- Durch vorsichtige Kalkulation der Einnahmen und realistische Ansätze für die Ausgaben können böse Überraschungen vermieden werden.
- Das HSK sollte möglichst sehr konkrete, schnell wirkende Maßnahmen enthalten. Damit wird die Gefahr reduziert, dass erhoffte Konsolidierungserfolge auf Grund wenig präziser, nur allgemein beschriebener Konsolidierungsabsichten nicht eintreten.

- Die jährliche Anpassung und Fortschreibung des HSK dient dazu, das HSK den tatsächlichen – möglicherweise veränderten – Bedingungen anzupassen. Dies kann sowohl zu einer Erhöhung des Konsolidierungsbedarfs durch niedrigere Einnahmen oder höhere Ausgaben führen als auch umgekehrt.

Die Erfahrung zeigt, dass Genehmigungsfähigkeit und Nachhaltigkeit von HSK weniger an Prognoseunsicherheiten scheitern. Entscheidend für den Erfolg sind vielmehr der Wille und die Entschlossenheit einer Kommune, ein solides HSK aufzustellen und umzusetzen.

Nach der vollständigen Umstellung auf das NKF ab dem 01.01.2009 wird die Problematik von Prognoseunsicherheiten weiter an Bedeutung verlieren, denn im NKF ist ein HSK nur genehmigungsfähig, wenn der Haushaltsausgleich spätestens im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wieder erreicht wird. Da Fehlbeträge nicht mehr wie im kameralen Haushaltsrecht vorgetragen werden, sondern im Jahresabschluss des jeweiligen Haushaltsjahres das Eigenkapitel sofort vermindern, wird der Zeitraum für die Haushaltssicherung kürzer.

24. Für wie realistisch hält es die Landesregierung angesichts der bereits ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen und der aufgelaufenen Altfehlbeträge, dass die Kommunen des Kreises Recklinghausen in den nächsten zehn Jahren aus eigener Kraft den** Gesamtausgleich **erreichen werden? (Bitte für jede Kommune, für die die Landesregierung eine solche Entwicklung für wahrscheinlich hält, die Einschätzung begründen!)

25. Für wie realistisch hält es die Landesregierung, dass Kommunen außerhalb des Kreises Recklinghausen, die sich bereits länger als fünf Jahre im Nothaushaltsrecht befinden, in den nächsten zehn Jahren der** Gesamtausgleich **aus eigener Kraft gelingt?

Weder das Innenministerium noch die Aufsichtsbehörden erstellen Prognosen darüber, ob oder in welchem Zeitraum eine einzelne Kommune wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren kann. Es bleibt in erster Linie die Aufgabe der einzelnen Kommune, die Maßnahmen zu bestimmen, mit denen sie – im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung – den Haushaltsausgleich wieder erreichen will.

Grundsätzlich geht das Innenministerium davon aus, dass in allen Kommunen, die sich auf Grund eines nicht genehmigungsfähigen HSK in der dauerhaften vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden, die bereits ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen nicht ausreichen und stärkere Konsolidierungsanstrengungen dieser Kommunen erforderlich sind.

Es gibt genügend Beispiele dafür, dass es – gerade in jüngster Zeit – Kommunen in NRW gelungen ist, auch nach mehrjähriger vorläufiger Haushaltsführung, wenigstens ein genehmigungsfähiges HSK aufzustellen. Auf die Antworten zu den Frage 21 und 22 wird verwiesen.

Im Übrigen geht das Innenministerium davon aus, dass sich die Ausgangssituation für die Haushaltskonsolidierung der Städte im Kreis Recklinghausen – auch unter Berücksichtigung der Probleme des Strukturwandels und der hohen Belastung durch Ausgaben im sozialen Bereich – sich nicht grundlegend von der Lage anderer Kommunen in anderen Regionen des Landes unterscheidet. Allerdings ist die Ausgangslage für die Konsolidierung der Haushalte der Städte des Kreises Recklinghausen auf Grund der Lasten aus der Vergangenheit besonders schwierig. Aber auch das unterscheidet die Städte des Kreises Recklinghausen nicht

von anderen Gemeinden in NRW. Für alle Gemeinden in der Haushaltssicherung gilt jedoch, dass sie nicht auf finanzielle Hilfe Dritter setzen dürfen. Weder die anderen Kommunen noch das Land sind auf Grund ihrer eigenen finanziellen Situation dazu in der Lage. Die notwendige Konsolidierung kann daher nur durch eigene örtliche Anstrengungen gelingen. Dabei empfiehlt es sich, Beratung und Unterstützung heranzuziehen und den interkommunalen Erfahrungsaustausch mit den Städten zu suchen, die den Konsolidierungsprozess erfolgreich steuern.

Festzuhalten ist, dass sich die Voraussetzungen für genehmigungsfähige HSK im Vergleich zur Situation vergangener Jahre deutlich verbessert haben, vor allem durch die anhaltende positive wirtschaftliche Entwicklung, die prosperierenden Steuereinnahmen und durch die zu erwartenden deutlich höheren Schlüsselzuweisungen 2008 ohne Vorbelastungen durch Verrechnungen. Daraus ergeben sich vor allem für die steuerschwachen Städte des Kreises Recklinghausen positivere Aussichten und neue Chancen, die Voraussetzungen der GO NRW für genehmigungsfähige HSK zu erreichen.

Die Situation aller Gemeinden, die sich in Haushaltssicherung befinden, verändert sich zudem durch die Umstellung auf das NKF.

26. Nach Umstellung auf NKF wird zukünftig auch eine eventuelle bilanzielle Überschuldung der Städte und Gemeinden transparent.
Wie wirkt sich eine solche Entwicklung auf die weitere Kreditfähigkeit der Städte aus?

Nach § 75 Abs. 7 GO NRW darf eine Gemeinde sich nicht überschulden. Nach der gesetzlichen Definition ist eine Gemeinde überschuldet, wenn nach der Bilanz das Eigenkapital aufgebraucht wird.

Vorab ist zu bemerken, dass bislang keine Gemeinde in NRW eine Bilanz vorgelegt hat, nach der sie überschuldet ist. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass trotz der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen in NRW in den vergangenen Jahren kein Fall bekannt ist, in dem eine Gemeinde ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen konnte.

In den Grenzen der §§ 82, 86 und 89 GO NRW geht der Gesetzgeber von einer Kreditaufnahmefähigkeit der Kommunen aus. Die Kreditfähigkeit der Kommunen zu bewerten, ist im Übrigen nicht Sache der Landesregierung. Es bleibt die alleinige und unabhängige Entscheidung der Kreditinstitute, ob und ggf. welche Folgerungen sie aus einer bilanziellen Überschuldung im Hinblick auf die Kreditfähigkeit einer Gemeinde ziehen. Es spricht jedoch einiges dafür, dass die Kreditfähigkeit der Kommunen durch eine bilanzielle Überschuldung i.d.R. nicht beeinträchtigt sein dürfte, da für die Kreditinstitute grundsätzlich kein Ausfallrisiko bei Verbindlichkeiten der Kommunen besteht. Allerdings ist zum Beispiel vorstellbar, dass eine Überschuldung sich für die jeweilige Kommune in ungünstigeren Zinskonditionen bemerkbar macht.

27. Welche rechtlichen und materiellen Konsequenzen erwartet die Landesregierung in Folge der bilanziellen Überschuldung von Kommunen für das Land?

Zunächst ist auf die Antwort zu Frage 26 bezüglich der rechtlichen Grundlage für das Überschuldungsverbot hinzuweisen.

Aus dem Kontext des Überschuldungsverbots in § 75 GO NRW ist zu entnehmen, dass die Gemeindeordnung zunächst das Ziel verfolgt, es möglichst gar nicht erst zu einer Überschuldung einer Gemeinde kommen zu lassen. Dazu dienen besonders die Genehmigungspflicht bei einer Verringerung der allgemeinen Rücklage unterhalb der Schwellenwerte des § 76 Abs. 1 GO NRW, die Verpflichtung zur Aufstellung eines HSK bei der Überschreitung dieser Schwellenwerte sowie die Verpflichtung, dass die Ergebnis- und Finanzplanung für die dem Haushaltsjahr folgenden Planungsjahre in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein soll.

Spezielle rechtliche oder materielle Aufsichtsmittel nennt die GO NRW in § 75 Abs. 7 nicht. Sofern eine bilanzielle Überschuldung in kommenden Jahren droht oder bereits eingetreten ist, sind die allgemeinen Regelungen, die dazu dienen, eine Verringerung der allgemeinen Rücklage und damit des Eigenkapitals möglichst zu vermeiden, sowie das gesamte Instrumentarium der Kommunalaufsicht konsequent und mit besonderem Nachdruck anzuwenden, auch in Bezug auf das von der betroffenen Gemeinde in dieser Situation aufzustellende HSK. Dabei ergibt sich für die Gemeinde aus dem Überschuldungsverbot eine zusätzliche Verpflichtung, ihre Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushaltes noch einmal zu verstärken. Kann dennoch von der Gemeinde kein genehmigungsfähiges HSK zur Beseitigung der Überschuldungsgefahr bzw. der bereits eingetretenen Überschuldung vorgelegt werden, unterliegt die Gemeinde bis zur Aufstellung und Genehmigung eines HSK den Beschränkungen der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 GO NRW.

Für die Aufsichtsbehörden ergibt sich aus dem Überschuldungsverbot die Konsequenz, dass sie frühzeitig, möglichst bevor es zu einem vollständigen Verbrauch des Eigenkapitals kommt, die Anforderungen an die Aufstellung und besonders auch an die Umsetzung der Maßnahmen des HSK verschärfen. Angesichts der Schwere des Verstoßes gegen das Überschuldungsverbot kommt erst recht der Einsatz der Instrumente der Kommunalaufsicht, die in § 75 Abs. 5 GO NRW genannt sind, in Betracht.

E Kommunalaufsichtliche Eingriffsmöglichkeiten

28. Das schärfste Instrument der Kommunalaufsicht, der *Kreditdeckel* ***mit der Vorgabe „Nettoneuverschuldung Null im unrentierlichen Bereich“, schnürt unterschiedslos die Investitionsmöglichkeiten der Kommune ein. Zielführend erscheint dieses Vorgehen, falls es sich um neue Projekte mit hohen Folgekosten handelt, verfehlt hingegen, falls Erhaltungs- / Instandsetzungs-Investitionen, die höhere Folgeschäden vermeiden, bzw. generell betriebswirtschaftlich rentable Investitionen (die aber nicht rentierlich im Sinne des Gebührenrechts sind) beabsichtigt sind.***
Ist eine Weiterentwicklung des kommunalaufsichtsrechtlichen Vorgehens beabsichtigt, um diese unterschiedlichen Voraussetzungen und Wirkungen einbeziehen zu können? Kann der o. g. Kreditdeckel gelockert werden, wenn eine Kommune im Nothaushaltsrecht nachweislich einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt umgesetzt hat, ohne jedoch schon ein genehmigungsfähiges HSK vorlegen zu können?

Die GO NRW kennt verschiedene Instrumente der Kommunalaufsicht (allgemeine Aufsicht). Hierzu gehören neben dem Unterrichtungsrecht (§ 121 GO NRW), insbesondere das Beanstandungs- und Aufhebungsrecht (§ 122 GO NRW), das Anordnungsrecht und die Ersatzvornahme (§ 123 GO NRW). Die für die kommunale Selbstverwaltung weitestgehenden Auswirkungen aufsichtlicher Maßnahmen und damit die „schärfsten“ Instrumente der Auf-

sicht sind die Bestellung eines Beauftragten (§ 124 GO NRW) und die Auflösung des Rates (§ 125 GO NRW). Die in der Fragestellung geäußerte Auffassung, dass der „Kreditdeckel“ das „schärfste Instrument der Kommunalaufsicht“ sei, wird daher ausdrücklich nicht geteilt. Bei der Einhaltung des sogenannten „Kreditdeckels“ handelt es sich um eine rechtliche Verpflichtung der Kommunen – nicht um ein Instrument der Aufsicht.

Kommunen, deren HSK die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt und daher nicht genehmigt werden kann, verbleiben in der vorläufigen Haushaltswirtschaft und dürfen nach § 82 Abs. 1 GO NRW nur solche Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet sind oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Reichen ihre Finanzmittel hierfür nicht aus, dürfen Sie mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Kredite für Investitionen bis zu einem Viertel des Gesamtbetrages der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Kredite aufnehmen. Gemäß § 82 Abs. 3 Nr. 2 GO kann dieser Kreditrahmen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde – ggf. unter Bedingungen und mit Auflagen – überschritten werden, wenn das Verbot der Kreditaufnahme anderenfalls zu einem nicht auflösbaren Konflikt zwischen verschiedenen gleichrangigen Rechtspflichten der Gemeinde führen würde. In § 83 Abs. 3 Nr. 2 GO wird keine Obergrenze für eine genehmigungsfähige Kreditaufnahme bestimmt. Die Zustimmung kann aber auch in einer äußerst angespannten Finanzlage der betroffenen Kommunen nur im Rahmen einer angemessenen Begrenzung der Kreditaufnahme („Kreditdeckel“) erfolgen. Folglich kann keine Kreditaufnahme genehmigt werden, die im Ergebnis zu einer Neuverschuldung führt. Der Kreditrahmen orientiert sich mithin an dem Ziel einer Nettokreditaufnahme von „Null“. Um der besonderen finanziellen Lage der Kommunen entgegen zu kommen, werden bei der Berechnung des jahresbezogenen Kreditdeckels jedoch investive Deckungsmittel (z.B. zweckgebundene Zuweisungen, Investitionspauschalen, Schulpauschale, Sportpauschale, Feuerschutzpauschale, Straßenbaubeiträge) berücksichtigt, soweit diese im entsprechenden Haushaltsjahr kassenwirksam vereinnahmt werden. Außerdem werden Kreditaufnahmen für notwendige Investitionen bei kostenrechnenden Einrichtungen (Gebühren/Entgelte) grundsätzlich genehmigt.

Die Handhabung des § 82 GO NRW durch die Aufsichtsbehörden eröffnet den Kommunen in der vorläufigen Haushaltswirtschaft in einem erheblichen Umfang Handlungsspielräume. Bei einer anderen, enger am Wortlaut der Vorschrift orientierten Praxis, wären deutlich weniger Investitionen möglich. Die in der Fragestellung enthaltene Behauptung, das beschriebene Verfahren zur Prüfung eines angemessenen Kreditrahmens im Zusammenhang mit der Erteilung der gesetzlich vorgesehenen Kreditgenehmigung „schnüre die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen ein“, trifft daher nicht zu und ist zurückzuweisen. Vielmehr wird den betroffenen Kommunen trotz der engen gesetzlichen Maßgaben des § 82 GO NRW ein gewisser Gestaltungsspielraum für eigenverantwortliche Investitionsentscheidungen eingeräumt, gleichzeitig aber dem Erfordernis der Konsolidierung der gemeindlichen Finanzen angemessen Rechnung getragen. Dabei ist auch zu bedenken, dass Investitionsentscheidungen in der Regel mit langfristig wirkenden Belastungen der Haushaltswirtschaft nicht nur durch die Investitionen selbst, sondern regelmäßig auch durch Folgekosten (Betriebskosten in Form von Personal- und Sachaufwand) verbunden sind, die nicht selten das Investitionsvolumen überschreiten. Solche Belastungen können daher in der vorläufigen Haushaltswirtschaft nur in engen Grenzen zulässig sein.

Der Bedeutung von Erhaltungs- und Instandsetzungsinvestitionen wird dabei in der kommunalaufsichtlichen Praxis gesehen und ihr wird deshalb bereits im System entsprechend Rechnung getragen. Dem Antrag auf Kreditgenehmigung fügen die Kommunen eine nach Dringlichkeit geordnete Aufstellung der vorgesehenen Investitionen bei (vgl. § 82 Abs. 2 Satz 2 GO NRW). Die Entscheidung über die Prioritätensetzung liegt dabei in der Selbstverantwortung der Kommunen. Vorrangig sind in den Dringlichkeitslisten allerdings solche Investiti-

onsmaßnahmen zu platzieren, deren Auszahlung im Rahmen der Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben notwendig sind (hierzu zählen z.B. auch Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflichten) oder die zum Erhalt und zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz dringend erforderlich sind, wenn ein Verzicht oder ein zeitlicher Aufschub eindeutig unwirtschaftlich wäre. An dieser Vorgehensweise wird auch weiterhin in der kommunalaufsichtlichen Praxis festgehalten.

Die Kommunen, deren Finanzlage so ernst ist, dass die grundlegenden Rahmenbedingungen für eine Genehmigungsfähigkeit des HSK nicht eingehalten werden können, sind verpflichtet, in ihrer Haushalts- und Wirtschaftsführung alles daran zu setzen, um zu einer Konsolidierung ihrer Finanzsituation zu gelangen. Auch mit einem genehmigten HSK ist noch nicht der gesetzlichen Verpflichtung nach § 75 Abs. 2 GO NRW genüge getan, dass der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein muss. Es besteht deshalb keine Veranlassung, solchen Kommunen, die zwar Konsolidierungserfolge vorweisen können, die aber noch nicht ausreichen, um ein genehmigungsfähiges HSK aufstellen zu können, zusätzliche Spielräume für erweiterte Kreditaufnahmen zu gewähren, da hierdurch das Ziel einer Wiederkehr zu einer geordneten Haushaltswirtschaft gefährdet würde.

29. Wie bewertet die Landesregierung, dass die Anteilsfinanzierungen für EU-, Bundes- und Landesprogramme in Kommunen auf Grund der restriktiven Auflagen der Bezirksregierungen nicht geleistet werden können?

Die der Fragestellung zugrunde liegende generalisierende Aussage, wonach Kommunen die Finanzierung ihrer eigenen Anteile bei Investitionsmaßnahmen im Rahmen von EU-, Bundes- oder Landesprogrammen auf Grund von restriktiven Auflagen der Bezirksregierungen nicht leisten können, trifft nicht zu.

Zutreffend ist, dass die Landesregierung es grundsätzlich für richtig hält, dass Kommunen bei der Durchführung derartiger Maßnahmen einen Eigenanteil aufbringen, weil eine Vollfinanzierung von Maßnahmen – unabhängig von der Haushaltslage einer Kommune – falsche Anreizwirkungen entfalten kann.

Die Landesregierung geht davon aus, dass mit der Fragestellung nicht die Gruppe der Kommunen mit einem ausgeglichenen Haushalt gemeint ist. Sie geht darüber hinaus davon aus, dass die Gruppe der Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft mit einem genehmigten HSK führen, in der Regel die erforderlichen Eigenanteile leisten kann. Die Aufsichtsbehörden hätten allerdings Anlass, tätig zu werden, wenn die zur Finanzierung von Eigenanteilen vorgesehene Kreditaufnahme die Laufzeit des HSK verlängern und seine Genehmigungsfähigkeit gefährden würde.

Für Kommunen, die sich auf Grund eines nicht genehmigungsfähigen HSK in der dauerhaften vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden, ist die Kreditaufnahme für Investitionen, um die es sich bei den Eigenanteilen fast immer handelt, nur im eingeschränkten Rahmen des § 82 GO NRW zulässig und von den Aufsichtsbehörden zu prüfen. Insoweit ergeben sich Beschränkungen der Kreditaufnahme aus der Rechtslage und nicht auf Grund „restriktiver Auflagen“ der Aufsichtsbehörden. Vielmehr ist im Gegenteil festzustellen, dass die Aufsichtsbehörden diesen Kommunen mit dem in der Antwort zu Frage 28 erläuterten „Kreditdeckelverfahren“ einen der Situation angemessenen Gestaltungsspielraum eingeräumt haben, in dem sie in eigener Verantwortung Prioritäten hinsichtlich ihrer Investitionsentscheidungen setzen können. Somit bestehen auch für sie Möglichkeiten, um die von ihnen als prioritär eingestuften Eigenanteile für förderungsbegünstigte Investitionen durch die Aufnahme von Krediten zu finanzieren.

Die Landesregierung berücksichtigt im Übrigen die Finanzlage der Kommunen auch bei der Höhe der Eigenanteile. Der kommunale Eigenanteil soll zum Beispiel im Rahmen der Förderung mit EFRE-Mitteln in der Regel 50% betragen. In Abhängigkeit von der strukturpolitischen und regionalen Bedeutung eines Vorhabens kann er auf bis zu 10 % der förderfähigen Kosten verringert werden. Für Kommunen in schwierigen Haushaltslagen (insbesondere vorläufige Haushaltswirtschaft) soll der Eigenanteil regelmäßig 20 % betragen, damit Fördermaßnahmen in diesen Kommunen nicht an dem zu erbringenden Eigenanteil scheitern. Allerdings kann nicht ganz auf den Eigenanteil verzichtet werden. Denn gerade der Eigenanteil gibt einen wesentlichen Anhaltspunkt zur Beurteilung der Ernsthaftigkeit und der wirtschafts- und strukturpolitischen Relevanz eines Projektes.

30. § 82 III Nr. 2 stellt fest:
„Der in Absatz 2 festgelegte Kreditrahmen kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde überschritten werden, wenn das Verbot der Kreditaufnahme andernfalls zu einem nicht auflösbaren Konflikt zwischen verschiedenen *gleichrangigen Rechtspflichten* ***der Gemeinde führen würde.“***
In welchen Fällen ist bislang eine solche Genehmigung erteilt worden?
Welche verschiedenen gleichrangigen Rechtspflichten wurden berührt?

Das Genehmigungsverfahren zur Aufnahme von Krediten in Kommunen, die wegen eines nicht genehmigten HSK in der vorläufigen Haushaltswirtschaft verbleiben, hat das Innenministerium im Interesse einer landeseinheitlichen Praxis der Aufsichtsbehörden durch den Runderlass vom 03.06.2003 konkretisiert. Es orientiert sich, wie in der Antwort auf Frage 28 näher ausgeführt ist, am Grundsatz einer „Nettoneuverschuldung von Null“ basierend auf den gesetzlichen Bestimmungen in § 82 Abs. 2 und 3 Nr. 2 GO NRW. Es gibt der kommunalaufsichtlichen Praxis eine Grundlage, ggf. über die engen gesetzlichen Grenzen hinaus von den Kommunen als prioritär eingeschätzte Investitionsmaßnahmen im gesetzten Rahmen nicht zu beanstanden. Landesweit werden die Kreditgenehmigungen für alle betroffenen Kommunen nach diesen Kriterien bis zur Maximalgrenze der Höhe der ordentlichen Tilgung erteilt. Die Prüfung, ob „unauflösbare Konflikte zwischen verschiedenen Rechtspflichten“ bestehen, geht in dieser Prüfung auf. In der bisherigen Genehmigungspraxis konnten Konfliktfälle in dem Sinne gelöst werden, dass die Kommunen die bestehenden rechtlichen Verpflichtungen bei ihren Investitionsprojekten erfüllen konnten.

31. Die Kreditaufnahme und damit die Investitionsfähigkeit einer Gemeinde soll sich an ihrer „dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit“ orientieren.
Besteht aus Sicht der Landesregierung die Gefahr, dass hieraus ein *„Teufelskreis“* ***entsteht in dem Sinne, dass geringe öffentliche Investitionen zu einem unattraktiven Standort für Wohnen und Gewerbe mit entsprechender Abwanderung bzw. fehlenden Neuansiedlungen führen, die wiederum eine geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verursachen?***

Die Kommunen in NRW haben insgesamt – unabhängig von ihrem jeweiligen Haushaltsstatus – ihre Investitionen seit 1992 erheblich vermindert. Bezüglich der Hintergründe für diese Entwicklung wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

Die Landesregierung räumt öffentlichen Investitionen und besonders den Investitionen von Kommunen einen hohen Stellenwert ein. Kommunen dürfen Investitionen allerdings nur im Rahmen des geltenden Haushaltsrechts durchführen. Insoweit haben insbesondere die Kommunen in der vorläufigen Haushaltswirtschaft die Voraussetzungen des § 82 GO bei einer Kreditaufnahme für beabsichtigte Investitionen zu beachten. Das Innenministerium hat

den Kommunen in der vorläufigen Haushaltswirtschaft mit dem sogenannten „Kreditdeckelverfahren“ erhebliche Handlungsspielräume eröffnet. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird dazu auf die Antwort zu Frage 28 verwiesen. Angesichts dieser Handlungsspielräume kann der in der Fragestellung befürchtete „Teufelkreis“ nicht entstehen. Vielmehr wäre das Entstehen einer Verschuldungsspirale zu befürchten, wenn den in der Regel bereits hoch verschuldeten Kommunen in der vorläufigen Haushaltswirtschaft über die bisherigen Möglichkeiten hinaus weitere Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen zugestanden würden, denen die weitere Aufnahme von Kassenkrediten folgen dürfte, um die Folgekosten decken zu können.

32. Im Nothaushaltsrecht dürfen nur** „unabweisbare“ Ausgaben **getätigt werden; Leistungen für freiwillige Aufgaben sollen schrittweise reduziert werden, neue dürfen nicht übernommen werden. Allerdings hat sich z.B. beim „Public Viewing“ im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft gezeigt, dass hier der Innenminister als Sportminister einflussreicher war als der Innenminister als Kommunalaufsicht. Beim Thema „Betreuung der Unter-Drei-Jährigen" scheint ähnliches für den Familienminister zu gelten.
Soll die Kategorie „freiwillige Aufgaben“ in Zukunft präziser abgegrenzt werden oder bleibt es bei einer fallweise politisch zu definierenden Vorgehensweise?

Freiwillige Ausgaben dürfen nach § 82 GO NRW in der vorläufigen Haushaltswirtschaft nicht geleistet werden. Bestrebungen, diese Rechtsvorschrift, die inhaltsgleich im Grundgesetz für den Bundeshaushalt und in der Landesverfassung für den Landeshaushalt normiert ist, zu ändern, bestehen seitens der Landesregierung nicht. Aus dem Charakter einer Aufgabe ergibt sich, ob es sich um eine freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheit handelt oder nicht. Ein Präzisierungsbedarf besteht aus der Sicht der Landesregierung nicht.

Die Aufsichtsbehörden haben die Möglichkeit, die Leistung freiwilliger Ausgaben bzw. Aufwendungen, die den Voraussetzungen des § 82 GO NRW nicht entsprechen, nicht zu beanstanden. Von dieser Möglichkeit machen die Aufsichtsbehörden Gebrauch. Dabei sind jeweils die Umstände des Einzelfalles und der Normzweck abzuwägen.

33. Bereits 2003 hatte die Landesregierung die Befürchtung geäußert, dass sich Kommunen auf Dauer im Nothaushaltsrecht einrichten könnten, und mit Erlass v. 4.6.2003 gegenüber der bisherigen Verfahrensweise weitergehende Auflagen gemacht, um stärkere Anreize für die Haushaltskonsolidierung zu setzen. Einige dieser Verschärfungen wurden allerdings bereits wieder zurückgenommen (z.B. die Auflagen, einen „deutlich über dem Durchschnitt“ liegenden Hebesatz zu beschließen, oder die Vorgabe eines Beförderungskorridors von nur 2,5 %), andere wirken unbestimmt und notgedrungen widersprüchlich (z.B. die Ausführungen zu den sog. „freiwilligen Ausgaben“).
Wie beurteilt die Landesregierung die** Effektivität **des genannten Erlasses und welche konkreten Änderungen des kommunalaufsichtsrechtlichen Vorgehens bzw. des Instrumentariums und/oder Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung (die nicht nur auf steigende Steuereinnahmen zurückzuführen sind) belegen diese Bewertung?

Mit dem Runderlass „Umgang mit Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept“ vom 04.06.2003 hat das Innenministerium den Aufsichtsbehörden Hinweise für die Genehmigung von HSK gegeben. Hauptanlass für diesen Runderlass war die Tatsache, dass angesichts der damals ansteigenden Zahl von Kommunen in der Haushaltssicherung und in

der vorläufigen Haushaltswirtschaft Bedarf bestand, stärker auf eine Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen sowie eine einheitliche Praxis der Aufsichtsbehörden bei der Genehmigung von HSK im Lande hinzuwirken.

Der Runderlass hat praxisgerechte und am Gleichheitsgrundsatz orientierte Lösungen für Fragen herbeigeführt, die sich aus der Praxis der Aufsichtsbehörden bei der Beratung von Kommunen und der Genehmigung von HSK ergeben. Er enthielt keine „Verschärfungen", insoweit wurden und mussten solche auch nicht zurückgenommen werden. Einzelne Regelungen des Runderlasses sind in den folgenden Jahren aber weiter differenziert und angepasst worden. Dies gilt zum Beispiel für die in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden vorbereitete Einführung eines Personalausgabenbudgets für die Beförderung von Beamtinnen und Beamten anstelle des vorherigen Beförderungskorridors. Bezüglich der Realsteuerhebesätze sind die Anforderungen an die Höhe der Hebesätze mit Erlass vom 05.01.2006 reduziert worden, nachdem es nach 2003 über mehrere Jahre zu einer Erhöhung der Hebesätze gekommen ist, um eine Hebesatzspirale zu vermeiden. Die durch den Runderlass geschaffenen Handlungsspielräume für Kommunen bei der Aufnahme von Krediten für Investitionen sind bereits in der Antwort auf die Fragen 28 dargestellt worden.

Insgesamt hat sich der Runderlass des Innenministeriums vom 04.06.2003 bewährt. Die differenzierenden Regelungen und seine Anwendung durch die Aufsichtsbehörden bei allen Gemeinden in vorläufiger Haushaltswirtschaft nach strikt gleichen Maßstäben haben dazu beigetragen, dass seine Regelungen weitgehende Anerkennung gefunden haben. Soweit es Kommunen in der dauerhaften vorläufigen Haushaltswirtschaft nicht gelingt, wenigstens ein genehmigungsfähiges HSK aufzustellen, ist dies nicht darauf zurückzuführen, dass die Hinweise des Runderlasses nicht ausreichen. Vielmehr ist zu beobachten, dass Kommunen in der Haushaltssicherung erfolgreich sind, in denen Rat und Verwaltung Wille und Entschlossenheit für die erforderlichen Konsolidierungsschritte aufbringen.

Angesichts der laufenden Umstellung auf das NKF führt das Innenministerium in Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen und Vertretern aus Kreisen eine generelle Überprüfung aller Erlassregelungen zur Haushaltssicherung und zur vorläufigen Haushaltswirtschaft bei nicht genehmigtem HSK durch.

34. *Rheinland-Pfalz* ***hat die Haushaltssicherungskonzepte bereits wieder abgeschafft, weil sie zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand führen, während die darin getroffenen Aussagen zunehmend zweifelhaft wurden.***
Hält die Landesregierung die dortige Einschätzung für übertragbar auf die Ausgangslage in NRW und ist seitens der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine Abschaffung der Haushaltssicherungskonzepte oder aber eine systematische Weiterentwicklung geplant?

Das Instrument des HSK hat sich aus der Sicht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen bewährt. Die Tatsache, dass es einer nennenswerten Zahl von Kommunen in NRW in der Vergangenheit nicht gelungen ist, genehmigungsfähige HSK aufzustellen, spricht nicht gegen das Instrument.

Im Übrigen sind in Nordrhein-Westfalen die Vorschriften zur Haushaltssicherung mit der Einführung des NKF zum 01.01.2005 weiterentwickelt worden. Zurzeit bestehen keine Absichten und kein Anlass, das HSK als Instrument einer mittelfristigen Konsolidierung abzuschaffen.

Das Land Rheinland-Pfalz hat 1996 das Instrument HSK in seine Gemeindeordnung aufgenommen und diese Vorschrift durch Gesetz vom 05.04.2005 wieder aufgehoben. Laut amtlicher Begründung des Gesetzentwurfs war es durch ein Rundschreiben bereits seit dem Jahr 2000 ermöglicht worden, „dass die Aufsichtsbehörden in aller Regel bei Ortsgemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern Ausnahmen von der Verpflichtung zum Erlass eines Haushaltssicherungskonzeptes zulassen können." In Rheinland-Pfalz befinden sich über 90 % der Gemeinden und Städte (rund 2.100 von 2.306) in dieser Größenklasse, die es in NRW gar nicht gibt. Zur künftigen Praxis der Kommunalaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz heißt es in der amtlichen Begründung: „Künftig werden sie [die Aufsichtsbehörden] mehr als bisher konkrete Haushaltsansätze beanstanden bzw. restriktiver mit der Genehmigung von Krediten umgehen." Angesichts der unterschiedlichen Größenstrukturen im kommunalen Bereich hält die Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine Übertragung einer solchen auf Einzelgenehmigungen basierenden Aufsicht nicht für übertragbar.

35. Welche Erfolge können dem** bestellten Berater **in der Stadt Waltrop zugerechnet werden, die den mit seiner Bestellung einhergehenden Aufwand rechtfertigen? Rechnet die Landesregierung damit, dass in den nächsten Jahren bestellte BeraterInnen oder Beauftragte (i.S. von § 124 GO) in weiteren Kommunen NRWs eingesetzt werden?

Der externe Berater der Bürgermeisterin der Stadt Waltrop nimmt seit dem 16.01.2006 seine Funktion wahr. Im März 2006 hat sich der Rat der Stadt Waltrop auf seine Initiative hin in einem sog. 12-Punkte-Beschluss zum Erfordernis der Haushaltskonsolidierung bekannt und der Verwaltung vielfältige und umfangreiche Prüfaufträge zur Ermittlung weiterer Sparmöglichkeiten erteilt. In Umsetzung dieses Beschlusses wurden mehrere externe Gutachten u.a. zur Ermittlung des Konsolidierungsbeitrages

- durch die Optimierung, ggf. auch Schließung der städtischen Bäder
- durch Optimierung und Effizienzsteigerungen beim städtischen Ver- und Entsorgungsbetrieb
- durch Überprüfung und ggf. Reduzierung des Angebots sowie des bisherigen Standards bei den sog. städtischen Pflichtaufgaben

in Auftrag gegeben sowie eine interne Arbeitsgruppe zur Optimierung der Aufgabenstruktur und des Zuschussbedarfs bei den Einrichtungen des Kultur- und Sportbereichs eingerichtet. Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse der Gutachten hat der Rat der Stadt Waltrop in seiner Sitzung am 30.11.2006 u. a. Beschlüsse zu weiteren Haushaltskonsolidierung gefasst.

Das durch die Einsetzung des externen Beraters verfolgte kurzfristige Ziel, den Schuldenanstieg zu stoppen und das jahresbezogene Defizit des Haushaltsjahres 2006 auf die Höhe des jahresbezogenen Fehlbetrages 2005 zu begrenzen, wurde erreicht. Auch für das Haushaltsjahr 2007 wird nach dem Haushaltsplan ein jahresbezogener Fehlbedarf unterhalb des jahresbezogenen Fehlbetrages des Jahres 2005 erwartet.

Noch nicht erreicht wurde bislang das mittelfristig avisierte Ziel, die Finanzlage der Stadt Waltrop wieder in ein genehmigungsfähiges HSK zu überführen. Hier bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Von maßgeblicher Bedeutung ist dabei die für das Haushaltsjahr 2008 vorgesehene Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens der Stadt Waltrop auf die Regeln des NKF.

Ob die Finanzlage in anderen Kommunen es erfordert, auch hier externe Berater einzusetzen oder ggf. sogar von der Möglichkeit der Bestellung eines Beauftragten im Sinne des § 124 GO NRW Gebrauch zu machen, hängt von der spezifischen Entwicklung in den einzelnen Kommunen ab, die auch im Lichte des neuen Haushalts- und Rechnungswesens zu sehen sein wird.

36. Falls ein/e** Beauftragte/r **(i.S. von § 124 GO) eingesetzt wurde und an die Stelle des Stadtrates tritt: Ersetzt er/sie auch alle direktdemokratischen Elemente bzw. ist ein Bürgerentscheid möglich und sind die Abstimmungsergebnisse auch dann rechtlich bindend?

Von der Möglichkeit der Bestellung eines Beauftragten gemäß § 124 GO NRW anstelle des Rates, der eingesetzt wird, weil die Haushaltswirtschaft einer Gemeinde dies erfordert und die Befugnisse der Aufsichtsbehörde nach den §§ 120 bis 123 GO NRW nicht ausreichen, hat das Innenministerium bislang keinen Gebrauch gemacht.

Sollte ein solcher Fall eintreten, ist die Frage aus folgenden Gründen zu verneinen.

Gemäß § 26 Abs. 1 GO NRW entscheiden die Bürger „anstelle des Rates“. Es muss sich also um eine Frage handeln, die dem Rat zur Entscheidung zugewiesen ist und über die der Rat entscheiden kann.
Soweit der Beauftragte entscheidet, liegt keine Entscheidung des Rates vor, die durch den Bürgerentscheid ersetzt werden kann. Hieran ändert auch die Rechtstatsache nichts, dass der Beauftragte „die Stellung eines Organs der Gemeinde“ (§ 124 Satz 2 GO NRW) hat und „anstelle des Rates“ entscheidet. Vielmehr macht dies deutlich, dass der Beauftragte „anstelle“ nicht aber „als“ Rat entscheidet. Somit würden die Bürger nicht „anstelle des Rates“ sondern „anstelle des Beauftragten“ entscheiden, wenn und soweit ein Beauftragter für Entscheidungen „des Rates“ bestellt ist.

Auch der § 124 Satz 1 GO NRW spricht dagegen, dass ein Bürgerentscheid „anstelle einer Entscheidung des Beauftragten“ zulässig ist. Der Staat bestellt den Beauftragten deshalb, weil „die Befugnisse der Aufsichtsbehörde nach den §§ 121 bis 123 GO NRW nicht ausreichen.“ Angesichts des nur zu begründenden und begrenzten Eingriffs in die Selbstverwaltung der Gemeinde einerseits sowie der Gewährleistung der staatlichen Aufsichtskompetenz andererseits ist es nicht vereinbar, es in die freie Entscheidung der Bürger zu stellen, ob die von der Aufsicht vorgegebene Entscheidung getroffen wird oder nicht.

F Finanzausgleich im Rahmen des GFG

37. Wird die Landesregierung den mit der Vergabe des Gutachtens für eine Weiterentwicklung des Gemeindefinanzausgleichs in NRW begonnenen Prozess dazu nutzen, der extremen** strukturellen Haushaltsnotlage **vieler Ruhrgebietskommunen stärker Rechnung zu tragen?

38. Reichen die Instrumente Hauptansatzstaffel, Schüleransatz, Zentralitätsansatz und Ausgleichsquote nach Ansicht der Landesregierung aus, um innerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) die besonderen Bedarfe von strukturschwachen Städten und Gemeinden adäquat zu erfassen?

Hält die Landesregierung weitere Ansätze innerhalb des GFG für sinnvoll, z.B. zur Erfassung eines besonders hohen *Restrukturierungsbedarf* ***bzgl. der öffentlichen Infrastruktur aufgrund***

- ***einer negativen*** *demografischen* ***Entwicklung, also einer besonders starken oder einseitigen Abwanderung von Bevölkerungsgruppen;***
- ***einer wachsenden, soziale Spannungen verursachenden*** *Segregation* ***von sozialen Problemgruppen und/oder***
- ***eines weit über dem Durchschnitt liegenden*** *Abbaus alter Industrien* ***(insb. Strukturwandels weg von Kohle und Stahl), der mit entsprechenden Belastungen insbesondere durch Arbeitsplatzabbau und durch notwendige Altlastensanierungen/ Gewerbeflächenerschließungen einhergeht?***

Die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs hat sich in NRW grundsätzlich bewährt. Dennoch gibt es in einzelnen Bereichen Überprüfungs- und Aktualisierungsbedarf. Außerdem hat der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen dem Gesetzgeber aufgegeben, die Grundlagen seiner Einschätzungen und Prognosen regelmäßig zu überprüfen und sich bei Bedarf des Sachverstandes Dritter zu bedienen.

Erste Schritte zur Umsetzung dieser Vorgaben hat die Landesregierung bereits mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 gemacht. Der kommunale Finanzausgleich wurde durch die Festlegung eines neuen Referenzzeitraums für die Steuereinnahmen planbarer gemacht. Daneben wurden Kreditierungen und Abrechnungen, die in der Vergangenheit zu erheblichen Schwankungen der Zuweisungen geführt hatten, abgeschafft. Die Befrachtungen wurden um 50 % reduziert.

In einem weiteren Schritt hat das Innenministerium Nordrhein-Westfalen im Oktober 2006 ein Gutachten zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in NRW in Auftrag gegeben. Den Zuschlag für die Erarbeitung des Gutachtens hat nach Abschluss eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München erhalten.

Das ifo-Institut hatte bereits 1995 ein Gutachten im Auftrag des Innenministeriums NRW erstellt, dessen Ergebnisse und Empfehlungen nach wie vor die Grundlage für den heutigen kommunalen Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen bilden. Das darauf basierende System der Schlüsselzuweisungen hat sich in den zurückliegenden Jahren grundsätzlich bewährt. Es soll aber als Herzstück des kommunalen Finanzausgleichs quantitativ gesichert und qualitativ zukunftsfähig gemacht werden.

Das ifo-Institut hat daher den Auftrag, die Systematik des NRW-Finanzausgleichs umfassend zu „durchleuchten“. Das betrifft sowohl den vertikalen Finanzausgleich, bei dem es um die elementare Frage der Ausstattung der kommunalen Ebene mit den notwendigen Mitteln geht, als auch den horizontalen Finanzgleich. Hier geht es um die Analyse und Weiterentwicklung des Schlüsselzuweisungssystems. Dabei wird es zum Beispiel neben den Fragen, wie Einnahmekraft und Bedarf richtig erfasst werden, auch um die Höhe des Ausgleichs gehen. Unzweifelhaft ist, dass es beim Soziallastenansatz zu Änderungen kommen muss, weil nach der Zusammenlegung von Sozialhilfe für Erwerbsfähige und Arbeitslosenhilfe („Hartz IV“) die statistischen Daten des bisherigen Indikators „Langzeitarbeitslosigkeit“ nicht mehr verfügbar sind. Außerdem werden die finanzkraftunabhängigen Zuweisungen auf ihre Sachgerechtigkeit untersucht. Schließlich werden auch grundsätzliche Fragen untersucht, wie zum Beispiel die Frage, welche Änderungsbedarfe sich durch die Einführung des NKF ergeben können.

Die Vorlage des Gutachtens ist für das Frühjahr 2008 vorgesehen. Im Anschluss daran steht die Bewertung, politische Diskussion und Umsetzung der Vorschläge des Gutachtens an.

Zur Beantwortung der Frage 37 ist darauf hinzuweisen, dass der Gutachter den Auftrag hat, alle Elemente des nordrhein-westfälischen Finanzausgleichssystems auf seine Angemessenheit zu überprüfen. Welche Konsequenzen aus den Ergebnissen dieser Überprüfung und den Vorschlägen des Gutachters zu ziehen sind, bleibt abzuwarten, bis das Gutachten vorliegt und ausgewertet ist. Entsprechendes gilt auch für die Frage 38 bezüglich der Erfassung des Bedarfs durch die bisherigen Ansätze und der eventuellen Erforderlichkeit weiterer Ansätze.

Anlagen

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1990**	**17.235.783**	**690,23**	**645,49**	**1,66**	**69,34**	**344,39**	**265,45**	**-**	**8,63**	**6,00**	**2,21**	**0,76**
kreisfreie Städte	1990	7.487.936	809,37	758,32	0,35	86,15	428,50	283,30	-	9,56	7,10	2,43	1,50
kreisangehörige Gemeinden	1990	9.747.847	598,01	558,11	2,66	56,43	279,77	251,74	-	7,21	5,16	2,05	0,19
Kreisverwaltungen	1990	9.747.847	0,70	0,70	-	-	-	-	-	0,70	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1990**	**5.375.809**	**623,79**	**589,35**	**0,61**	**70,49**	**285,37**	**255,74**	**-**	**9,96**	**7,36**	**2,49**	**1,61**
kreisfreie Städte	1990	3.532.556	648,36	613,70	0,28	76,99	298,04	260,07	-	10,51	7,92	2,56	2,45
kreisangehörige Gemeinden	1990	1.843.253	576,43	542,43	1,25	58,03	261,08	247,42	-	8,64	6,29	2,36	-
Kreisverwaltungen	1990	1.843.253	0,27	0,27	-	-	-	-	-	0,27	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1990**	**11.859.974**	**720,35**	**670,93**	**2,13**	**68,82**	**371,14**	**269,85**	**-**	**8,03**	**5,39**	**2,09**	**0,37**
kreisfreie Städte	1990	3.955.380	953,18	887,48	0,41	94,33	545,02	304,05	-	8,71	6,36	2,31	0,64
kreisangehörige Gemeinden	1990	7.904.594	603,04	561,77	2,99	56,05	284,13	252,74	-	6,88	4,90	1,98	0,24
Kreisverwaltungen	1990	7.904.594	0,80	0,80	-	-	-	-	-	0,80	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1990**	**649.035**	**566,24**	**531,89**	**0,74**	**57,58**	**260,69**	**236,89**	**-**	**10,34**	**7,77**	**2,42**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1990	649.035	566,08	531,73	0,74	57,58	260,69	236,89	-	10,18	7,77	2,42	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1990	649.035	0,16	0,16	-	-	-	-	-	0,16	-	-	-
Castrop-Rauxel	1990	78.587	434,77	419,15	0,38	55,23	133,67	229,96	-	15,52	12,56	2,96	-
Datteln	1990	36.707	553,79	523,09	1,33	53,12	260,85	225,32	-	13,19	11,41	1,77	-
Dorsten	1990	77.689	528,34	498,78	1,76	52,80	235,57	227,65	-	10,55	8,01	2,55	-
Gladbeck	1990	80.172	584,37	550,74	0,22	54,86	283,27	238,66	-	7,36	4,70	2,67	-
Haltern am See	1990	33.733	639,05	585,87	2,13	61,90	319,01	249,49	-	6,52	4,98	1,54	-
Herten	1990	68.993	570,22	541,68	0,25	54,73	262,69	242,40	-	10,15	7,39	2,77	-
Marl	1990	91.238	890,80	804,75	0,47	64,74	562,11	254,04	-	9,45	6,86	2,59	-
Oer-Erkenschwick	1990	28.154	371,24	360,38	0,60	46,35	106,98	209,74	-	7,57	5,79	1,81	-
Recklinghausen	1990	124.555	463,64	445,74	0,43	64,15	150,70	237,50	-	10,87	8,65	2,22	-
Waltrop	1990	29.207	501,32	474,00	1,51	51,87	210,74	232,20	-	5,00	3,18	1,81	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1991**	**17.414.889**	**745,59**	**696,82**	**1,66**	**71,58**	**359,54**	**303,65**	**-**	**8,33**	**5,66**	**2,23**	**0,82**
kreisfreie Städte	1991	7.536.626	854,47	800,74	0,35	87,76	436,50	319,02	-	9,22	6,76	2,42	1,62
kreisangehörige Gemeinden	1991	9.878.263	661,82	616,83	2,67	59,23	300,82	291,93	-	6,95	4,82	2,08	0,22
Kreisverwaltungen	1991	9.878.263	0,71	0,71	-	-	-	-	-	0,71	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1991**	**5.401.750**	**668,11**	**631,10**	**0,62**	**72,77**	**293,70**	**289,73**	**-**	**9,57**	**6,93**	**2,52**	**1,71**
kreisfreie Städte	1991	3.545.891	694,30	656,18	0,28	78,98	311,16	291,19	-	10,08	7,46	2,58	2,61
kreisangehörige Gemeinden	1991	1.855.859	617,78	582,87	1,27	60,92	260,35	286,93	-	8,31	5,91	2,41	-
Kreisverwaltungen	1991	1.855.859	0,30	0,30	-	-	-	-	-	0,30	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1991**	**12.013.139**	**780,43**	**726,37**	**2,13**	**71,04**	**389,14**	**309,91**	**-**	**7,78**	**5,09**	**2,09**	**0,42**
kreisfreie Städte	1991	3.990.735	996,78	929,18	0,41	95,56	547,86	343,75	-	8,46	6,13	2,28	0,74
kreisangehörige Gemeinden	1991	8.022.404	672,01	624,69	2,99	58,84	310,19	293,08	-	6,64	4,57	2,00	0,26
Kreisverwaltungen	1991	8.022.404	0,80	0,80	-	-	-	-	-	0,80	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1991**	**652.255**	**591,73**	**562,91**	**0,74**	**60,94**	**247,07**	**273,14**	**-**	**9,85**	**7,25**	**2,44**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1991	652.255	591,57	562,76	0,74	60,94	247,07	273,14	-	9,69	7,25	2,44	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1991	652.255	0,16	0,16	-	-	-	-	-	0,16	-	-	-
Castrop-Rauxel	1991	78.928	468,64	449,35	0,37	55,98	139,11	259,73	-	13,44	10,39	3,05	-
Datteln	1991	36.984	494,54	473,66	1,46	55,29	168,07	258,46	-	11,28	9,54	1,73	-
Dorsten	1991	78.170	645,49	611,01	1,73	55,26	304,26	274,31	-	9,93	7,41	2,52	-
Gladbeck	1991	80.075	560,09	531,23	0,22	58,02	222,10	271,76	-	7,98	5,01	2,97	-
Haltern am See	1991	34.233	591,30	568,22	2,13	66,11	215,20	302,11	-	5,75	4,21	1,55	-
Herten	1991	69.124	649,75	603,74	0,20	60,72	304,41	274,77	-	9,65	6,97	2,69	-
Marl	1991	91.556	780,96	749,28	0,50	70,47	409,28	290,74	-	9,96	7,42	2,54	-
Oer-Erkenschwick	1991	28.264	431,22	409,07	0,64	48,83	132,11	241,61	-	8,03	6,30	1,73	-
Recklinghausen	1991	125.525	558,81	533,35	0,40	67,02	208,76	272,38	-	10,26	8,04	2,22	-
Waltrop	1991	29.396	553,82	526,57	1,50	54,94	223,36	269,42	-	4,63	2,86	1,77	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1992**	**17.585.376**	**808,85**	**752,41**	**1,68**	**76,01**	**396,18**	**325,88**	**-**	**8,26**	**5,52**	**2,24**	**0,83**
kreisfreie Städte	1992	7.573.950	916,08	854,86	0,35	94,39	467,11	343,60	-	8,98	6,57	2,38	1,64
kreisangehörige Gemeinden	1992	10.011.426	726,98	674,17	2,69	62,10	342,53	312,47	-	6,98	4,73	2,14	0,21
Kreisverwaltungen	1992	10.011.426	0,74	0,74	-	-	-	-	-	0,74	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1992**	**5.428.158**	**724,34**	**680,95**	**0,63**	**77,42**	**322,98**	**312,14**	**-**	**9,43**	**6,76**	**2,55**	**1,74**
kreisfreie Städte	1992	3.556.872	753,43	708,81	0,28	85,05	341,52	314,04	-	9,88	7,26	2,59	2,66
kreisangehörige Gemeinden	1992	1.871.286	668,76	627,69	1,29	62,93	287,75	308,52	-	8,26	5,81	2,46	-
Kreisverwaltungen	1992	1.871.286	0,30	0,30	-	-	-	-	-	0,30	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1992**	**12.157.218**	**846,58**	**784,32**	**2,15**	**75,38**	**428,87**	**332,01**	**-**	**7,74**	**4,97**	**2,11**	**0,42**
kreisfreie Städte	1992	4.017.078	1.060,10	984,18	0,41	102,67	578,31	369,78	-	8,18	5,95	2,18	0,73
kreisangehörige Gemeinden	1992	8.140.140	740,37	684,85	3,01	61,91	355,12	313,38	-	6,68	4,48	2,07	0,26
Kreisverwaltungen	1992	8.140.140	0,84	0,84	-	-	-	-	-	0,84	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1992**	**657.131**	**618,24**	**583,98**	**0,74**	**62,30**	**251,82**	**293,86**	**-**	**9,51**	**6,93**	**2,42**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1992	657.131	618,09	583,83	0,74	62,30	251,82	293,86	-	9,35	6,93	2,42	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1992	657.131	0,15	0,15	-	-	-	-	-	0,15	-	-	-
Castrop-Rauxel	1992	79.169	506,33	485,38	0,35	57,51	155,43	280,29	-	12,76	9,85	2,91	-
Datteln	1992	37.319	674,11	627,13	1,31	56,54	327,69	277,58	-	11,01	9,08	1,93	-
Dorsten	1992	79.089	628,17	591,83	1,76	60,45	261,40	294,71	-	9,85	7,36	2,49	-
Gladbeck	1992	80.210	570,34	542,06	0,22	57,76	210,95	293,72	-	7,70	4,97	2,72	-
Haltern am See	1992	35.042	643,03	609,55	2,17	66,06	247,73	321,04	-	5,99	4,02	1,97	-
Herten	1992	69.468	711,78	664,80	0,22	59,87	346,27	295,98	-	9,44	6,77	2,68	-
Marl	1992	92.153	706,00	663,62	0,49	71,20	312,26	312,93	-	9,14	6,64	2,50	-
Oer-Erkenschwick	1992	28.630	471,95	452,29	0,56	50,37	153,89	258,54	-	8,56	6,64	1,92	-
Recklinghausen	1992	126.235	605,43	574,57	0,42	68,63	233,03	293,52	-	9,83	7,62	2,21	-
Waltrop	1992	29.816	621,01	582,20	1,68	57,85	268,92	288,03	-	4,49	2,72	1,78	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1993**	**17.722.438**	**748,54**	**716,42**	**1,70**	**80,63**	**333,74**	**323,31**	**-**	**8,24**	**5,35**	**2,34**	**0,92**
kreisfreie Städte	1993	7.590.957	833,18	800,36	0,35	101,66	377,57	342,77	-	9,01	6,43	2,55	1,80
kreisangehörige Gemeinden	1993	10.131.481	684,37	652,77	2,71	64,88	300,89	308,73	-	6,90	4,54	2,19	0,27
Kreisverwaltungen	1993	10.131.481	0,76	0,76	-	-	-	-	-	0,76	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1993**	**5.446.011**	**665,79**	**642,61**	**0,63**	**81,88**	**260,93**	**311,08**	**-**	**9,32**	**6,62**	**2,57**	**1,93**
kreisfreie Städte	1993	3.562.361	684,88	661,96	0,28	89,98	268,38	313,49	-	9,77	7,14	2,60	2,95
kreisangehörige Gemeinden	1993	1.883.650	629,38	605,71	1,30	66,56	246,84	306,51	-	8,16	5,64	2,51	-
Kreisverwaltungen	1993	1.883.650	0,30	0,30	-	-	-	-	-	0,30	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1993**	**12.276.427**	**785,26**	**749,16**	**2,17**	**80,08**	**366,03**	**328,74**	**-**	**7,76**	**4,78**	**2,24**	**0,48**
kreisfreie Städte	1993	4.028.596	964,31	922,74	0,41	111,99	474,12	368,65	-	8,34	5,80	2,50	0,79
kreisangehörige Gemeinden	1993	8.247.831	696,93	663,52	3,03	64,49	313,24	309,24	-	6,61	4,29	2,11	0,33
Kreisverwaltungen	1993	8.247.831	0,86	0,86	-	-	-	-	-	0,86	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1993**	**659.956**	**592,86**	**574,74**	**0,76**	**65,47**	**224,79**	**292,55**	**-**	**9,29**	**6,71**	**2,42**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1993	659.956	592,70	574,59	0,76	65,47	224,79	292,55	-	9,14	6,71	2,42	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1993	659.956	0,15	0,15	-	-	-	-	-	0,15	-	-	-
Castrop-Rauxel	1993	79.222	485,64	472,27	0,38	58,53	134,82	280,04	-	11,87	9,01	2,85	-
Datteln	1993	37.559	615,17	585,05	1,28	57,54	269,79	275,75	-	10,78	8,84	1,94	-
Dorsten	1993	79.750	639,57	608,82	1,96	62,31	273,47	292,20	-	9,64	7,16	2,48	-
Gladbeck	1993	80.086	543,20	529,38	0,21	59,19	182,00	294,11	-	7,68	5,02	2,66	-
Haltern am See	1993	35.273	628,81	609,50	2,21	77,91	223,88	318,88	-	5,93	3,94	1,98	-
Herten	1993	69.604	703,57	675,62	0,23	62,88	335,91	295,34	-	9,19	6,45	2,74	-
Marl	1993	92.414	587,98	595,00	0,48	77,64	188,56	311,98	-	9,33	6,87	2,47	-
Oer-Erkenschwick	1993	28.940	483,41	467,21	0,62	53,84	165,00	255,70	-	8,26	6,36	1,90	-
Recklinghausen	1993	127.114	617,37	593,40	0,41	71,43	244,57	291,44	-	9,53	7,28	2,24	-
Waltrop	1993	29.994	570,68	546,88	1,50	58,75	219,51	286,29	-	4,63	2,60	2,03	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1994**	**17.779.202**	**750,20**	**705,01**	**1,71**	**85,58**	**333,27**	**320,44**	**-**	**8,26**	**5,25**	**2,44**	**0,93**
kreisfreie Städte	1994	7.574.265	838,74	791,77	0,36	108,93	382,68	335,84	-	9,05	6,30	2,71	1,87
kreisangehörige Gemeinden	1994	10.204.937	683,70	639,84	2,72	68,26	296,60	309,01	-	6,88	4,47	2,23	0,23
Kreisverwaltungen	1994	10.204.937	0,79	0,79	-	-	-	-	-	0,79	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1994**	**5.445.071**	**654,08**	**621,90**	**0,64**	**85,16**	**255,24**	**301,72**	**-**	**9,37**	**6,46**	**2,78**	**1,95**
kreisfreie Städte	1994	3.554.329	672,23	640,35	0,29	93,44	263,22	302,38	-	9,91	6,99	2,89	2,99
kreisangehörige Gemeinden	1994	1.890.742	619,63	586,89	1,30	69,59	240,22	300,49	-	8,03	5,46	2,56	-
Kreisverwaltungen	1994	1.890.742	0,34	0,34	-	-	-	-	-	0,34	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1994**	**12.334.131**	**792,63**	**741,70**	**2,19**	**85,77**	**367,72**	**328,70**	**-**	**7,77**	**4,72**	**2,29**	**0,48**
kreisfreie Städte	1994	4.019.936	985,96	925,65	0,43	122,62	488,30	365,42	-	8,30	5,70	2,56	0,89
kreisangehörige Gemeinden	1994	8.314.195	698,27	651,88	3,04	67,96	309,42	310,94	-	6,62	4,25	2,16	0,29
Kreisverwaltungen	1994	8.314.195	0,89	0,89	-	-	-	-	-	0,89	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1994**	**661.123**	**559,49**	**533,84**	**0,75**	**69,42**	**193,82**	**286,45**	**-**	**9,04**	**6,41**	**2,43**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1994	661.123	559,29	533,65	0,75	69,42	193,82	286,45	-	8,84	6,41	2,43	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1994	661.123	0,20	0,20	-	-	-	-	-	0,20	-	-	-
Castrop-Rauxel	1994	79.023	481,83	466,89	0,37	63,02	129,54	276,32	-	12,58	9,73	2,85	-
Datteln	1994	37.703	561,26	533,94	1,35	65,67	219,64	264,54	-	10,08	8,06	1,99	-
Dorsten	1994	80.179	618,47	586,76	1,86	68,31	239,83	299,31	-	9,17	6,69	2,47	-
Gladbeck	1994	79.970	531,86	507,58	0,25	57,92	190,82	275,68	-	7,18	4,40	2,78	-
Haltern am See	1994	35.282	595,35	571,54	1,98	88,57	167,56	331,50	-	5,75	3,77	1,98	-
Herten	1994	69.377	648,64	606,53	0,23	65,08	294,87	279,30	-	9,15	6,50	2,65	-
Marl	1994	92.743	496,78	483,40	0,53	84,63	94,83	307,57	-	9,23	6,77	2,46	-
Oer-Erkenschwick	1994	29.442	417,30	401,33	0,61	53,73	107,84	246,96	-	8,19	6,28	1,94	-
Recklinghausen	1994	127.322	605,86	576,03	0,40	73,88	238,98	283,98	-	8,61	6,35	2,25	-
Waltrop	1994	30.082	561,70	528,85	1,46	61,60	211,65	282,59	-	4,35	2,33	2,03	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1995**	**17.839.304**	**758,72**	**695,63**	**1,73**	**92,81**	**336,92**	**318,16**	**-**	**8,24**	**5,14**	**2,49**	**0,86**
kreisfreie Städte	1995	7.553.981	851,18	786,48	0,37	120,37	384,58	335,11	-	9,04	6,20	2,81	1,72
kreisangehörige Gemeinden	1995	10.285.323	690,00	628,11	2,73	72,57	301,92	305,71	-	6,84	4,37	2,26	0,22
Kreisverwaltungen	1995	10.285.323	0,80	0,80	-	-	-	-	-	0,80	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1995**	**5.439.003**	**665,68**	**621,40**	**0,66**	**94,26**	**259,11**	**300,43**	**-**	**9,41**	**6,37**	**2,90**	**1,81**
kreisfreie Städte	1995	3.541.757	687,67	643,65	0,30	104,62	268,29	301,67	-	10,01	6,92	3,07	2,78
kreisangehörige Gemeinden	1995	1.897.246	624,30	579,52	1,34	74,93	241,96	298,13	-	7,94	5,34	2,58	-
Kreisverwaltungen	1995	1.897.246	0,34	0,34	-	-	-	-	-	0,34	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1995**	**12.400.301**	**799,52**	**728,19**	**2,20**	**92,17**	**371,05**	**325,93**	**-**	**7,72**	**4,61**	**2,31**	**0,44**
kreisfreie Städte	1995	4.012.224	995,51	912,56	0,42	134,27	487,23	364,63	-	8,17	5,56	2,57	0,78
kreisangehörige Gemeinden	1995	8.388.077	704,87	639,10	3,05	72,04	315,48	307,43	-	6,60	4,15	2,19	0,28
Kreisverwaltungen	1995	8.388.077	0,91	0,91	-	-	-	-	-	0,91	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1995**	**662.162**	**592,94**	**554,10**	**0,76**	**75,58**	**223,16**	**284,68**	**-**	**8,76**	**6,09**	**2,46**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1995	662.162	592,74	553,90	0,76	75,58	223,16	284,68	-	8,56	6,09	2,46	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1995	662.162	0,20	0,20	-	-	-	-	-	0,20	-	-	-
Castrop-Rauxel	1995	79.095	481,45	457,20	0,39	63,61	131,53	274,86	-	11,05	8,22	2,83	-
Datteln	1995	37.687	641,31	581,18	1,35	68,46	297,98	263,11	-	10,40	8,33	2,04	-
Dorsten	1995	80.496	639,36	592,28	1,85	70,30	260,93	297,67	-	8,61	5,69	2,92	-
Gladbeck	1995	79.725	565,58	526,02	0,28	69,87	214,59	274,38	-	6,48	3,83	2,65	-
Haltern am See	1995	35.477	605,58	574,03	2,09	86,37	182,15	329,37	-	5,61	3,64	1,94	-
Herten	1995	69.183	610,80	560,73	0,26	72,56	250,42	278,06	-	9,50	6,92	2,59	-
Marl	1995	92.839	695,11	661,17	0,52	103,74	275,97	306,00	-	8,88	6,41	2,46	-
Oer-Erkenschwick	1995	30.032	454,95	435,20	0,57	60,10	145,44	241,01	-	7,82	5,93	1,90	-
Recklinghausen	1995	127.195	586,71	547,91	0,40	76,76	217,72	282,86	-	8,98	6,70	2,27	-
Waltrop	1995	30.433	562,55	518,84	1,45	63,19	215,33	278,18	-	4,37	2,33	2,00	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1996**	**17.908.473**	**799,92**	**729,33**	**1,77**	**97,78**	**367,67**	**301,24**	**-**	**8,21**	**5,00**	**2,60**	**0,84**
kreisfreie Städte	1996	7.544.578	932,91	850,33	0,37	126,31	452,83	318,91	-	9,03	6,06	2,90	1,73
kreisangehörige Gemeinden	1996	10.363.895	702,31	640,46	2,78	77,01	305,68	288,37	-	6,82	4,22	2,38	0,19
Kreisverwaltungen	1996	10.363.895	0,79	0,79	-	-	-	-	-	0,79	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1996**	**5.431.956**	**696,90**	**645,62**	**0,68**	**101,01**	**276,83**	**285,93**	**-**	**9,29**	**6,16**	**2,97**	**1,87**
kreisfreie Städte	1996	3.528.673	729,16	675,11	0,30	111,60	295,29	287,79	-	9,89	6,71	3,12	2,89
kreisangehörige Gemeinden	1996	1.903.283	636,73	590,60	1,40	81,38	242,61	282,47	-	7,84	5,13	2,70	-
Kreisverwaltungen	1996	1.903.283	0,35	0,35	-	-	-	-	-	0,35	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1996**	**12.476.517**	**844,77**	**765,78**	**2,24**	**96,37**	**407,22**	**307,90**	**-**	**7,73**	**4,49**	**2,44**	**0,39**
kreisfreie Städte	1996	4.015.905	1.111,94	1.004,29	0,43	139,24	591,25	346,25	-	8,27	5,49	2,71	0,72
kreisangehörige Gemeinden	1996	8.460.612	717,06	651,67	3,09	76,03	319,87	289,70	-	6,58	4,01	2,31	0,23
Kreisverwaltungen	1996	8.460.612	0,89	0,89	-	-	-	-	-	0,89	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1996**	**662.250**	**605,37**	**569,52**	**0,85**	**86,36**	**218,87**	**270,55**	**-**	**8,62**	**5,78**	**2,64**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1996	662.250	605,17	569,32	0,85	86,36	218,87	270,55	-	8,42	5,78	2,64	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1996	662.250	0,20	0,20	-	-	-	-	-	0,20	-	-	-
Castrop-Rauxel	1996	79.045	512,43	489,77	0,37	75,93	144,41	261,42	-	10,85	8,00	2,86	-
Datteln	1996	37.740	544,20	517,86	1,35	71,70	193,53	249,71	-	9,30	7,13	2,17	-
Dorsten	1996	80.718	634,89	599,59	2,03	84,01	237,08	282,16	-	8,62	5,66	2,96	-
Gladbeck	1996	79.262	541,57	507,68	0,24	73,70	179,28	262,32	-	6,51	3,86	2,65	-
Haltern am See	1996	35.696	649,74	618,75	2,21	94,49	213,19	311,16	-	5,52	3,36	2,19	-
Herten	1996	69.019	667,41	623,99	0,29	79,91	293,54	264,91	-	9,07	6,45	2,62	-
Marl	1996	93.164	719,11	666,48	0,52	105,20	293,42	289,83	-	8,60	6,12	2,47	-
Oer-Erkenschwick	1996	30.267	394,62	375,56	0,56	70,18	71,86	227,28	-	7,83	5,85	1,98	-
Recklinghausen	1996	126.867	649,59	608,13	0,65	100,54	249,77	269,54	-	9,04	6,03	3,01	-
Waltrop	1996	30.472	490,58	471,71	1,71	75,25	125,00	264,08	-	4,92	2,86	2,03	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1997**	**17.962.159**	**803,28**	**734,72**	**1,82**	**104,92**	**376,68**	**289,68**	**-**	**8,28**	**4,87**	**2,72**	**0,92**
kreisfreie Städte	1997	7.529.747	927,92	852,72	0,40	134,42	458,99	301,39	-	9,02	5,91	3,00	1,93
kreisangehörige Gemeinden	1997	10.432.412	712,48	648,71	2,85	83,62	317,27	281,23	-	6,90	4,12	2,53	0,19
Kreisverwaltungen	1997	10.432.412	0,84	0,84	-	-	-	-	-	0,84	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1997**	**5.421.340**	**696,29**	**647,01**	**0,72**	**104,80**	**285,50**	**274,15**	**-**	**9,22**	**6,00**	**3,06**	**2,06**
kreisfreie Städte	1997	3.512.567	723,10	673,00	0,34	115,29	299,06	275,55	-	9,76	6,54	3,15	3,17
kreisangehörige Gemeinden	1997	1.908.773	646,63	598,83	1,42	85,50	260,55	271,58	-	7,89	5,00	2,87	0,02
Kreisverwaltungen	1997	1.908.773	0,35	0,35	-	-	-	-	-	0,35	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1997**	**12.540.819**	**849,53**	**772,64**	**2,30**	**104,96**	**416,10**	**296,40**	**-**	**7,87**	**4,38**	**2,58**	**0,43**
kreisfreie Städte	1997	4.017.180	1.107,01	1.009,87	0,45	151,14	598,83	323,99	-	8,37	5,36	2,87	0,85
kreisangehörige Gemeinden	1997	8.523.639	727,23	659,88	3,17	83,20	329,97	283,39	-	6,68	3,92	2,45	0,23
Kreisverwaltungen	1997	8.523.639	0,95	0,95	-	-	-	-	-	0,95	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1997**	**662.306**	**620,45**	**574,56**	**0,88**	**90,73**	**238,42**	**262,63**	**-**	**8,75**	**5,79**	**2,76**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1997	662.306	620,25	574,36	0,88	90,73	238,42	262,63	-	8,55	5,79	2,76	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1997	662.306	0,20	0,20	-	-	-	-	-	0,20	-	-	-
Castrop-Rauxel	1997	78.570	496,46	472,92	0,39	79,89	134,67	253,34	-	9,83	6,95	2,88	-
Datteln	1997	37.671	595,05	541,77	1,67	84,07	235,43	245,41	-	10,62	7,72	2,89	-
Dorsten	1997	80.950	638,94	590,06	2,05	87,92	239,80	280,22	-	8,56	5,61	2,95	-
Gladbeck	1997	78.957	605,22	560,98	0,24	75,52	248,95	254,62	-	7,43	4,48	2,95	-
Haltern am See	1997	36.038	635,91	595,82	2,33	102,72	196,99	305,95	-	5,69	3,39	2,30	-
Herten	1997	68.880	610,69	562,18	0,30	83,57	245,43	254,08	-	8,93	6,32	2,63	-
Marl	1997	93.459	785,38	702,76	0,50	108,92	375,50	272,35	-	8,43	5,94	2,49	-
Oer-Erkenschwick	1997	30.557	427,59	409,17	0,62	74,94	101,97	225,87	-	7,76	5,76	2,00	-
Recklinghausen	1997	126.500	653,15	613,24	0,63	103,36	258,76	261,87	-	9,55	6,50	3,05	-
Waltrop	1997	30.724	514,00	482,62	1,79	83,39	144,68	260,09	-	5,18	2,67	2,47	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1998**	**17.968.306**	**856,12**	**782,05**	**1,84**	**109,72**	**371,39**	**307,20**	**35,66**	**8,35**	**4,79**	**2,85**	**0,99**
kreisfreie Städte	1998	7.493.228	1.007,85	915,95	0,38	138,76	471,81	320,75	43,44	8,89	5,80	3,04	2,01
kreisangehörige Gemeinden	1998	10.475.078	746,72	685,40	2,88	88,95	299,56	297,51	30,08	7,09	4,06	2,71	0,27
Kreisverwaltungen	1998	10.475.078	0,86	0,86	-	-	-	-	-	0,86	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1998**	**5.401.759**	**742,58**	**688,79**	**0,71**	**109,42**	**278,78**	**291,73**	**30,79**	**9,10**	**5,82**	**3,13**	**2,21**
kreisfreie Städte	1998	3.492.037	773,45	716,51	0,30	119,83	293,89	293,78	32,76	9,53	6,34	3,16	3,39
kreisangehörige Gemeinden	1998	1.909.722	685,77	637,75	1,46	90,39	251,14	287,98	27,20	7,97	4,86	3,06	0,05
Kreisverwaltungen	1998	1.909.722	0,35	0,35	-	-	-	-	-	0,35	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1998**	**12.566.547**	**904,93**	**822,13**	**2,32**	**109,85**	**411,20**	**313,85**	**37,75**	**8,02**	**4,34**	**2,73**	**0,47**
kreisfreie Städte	1998	4.001.191	1.212,42	1.090,01	0,45	155,28	627,08	344,28	52,77	8,33	5,33	2,94	0,82
kreisangehörige Gemeinden	1998	8.565.356	760,31	696,02	3,19	88,63	310,35	299,64	30,73	6,90	3,88	2,63	0,31
Kreisverwaltungen	1998	8.565.356	0,98	0,98	-	-	-	-	-	0,98	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1998**	**660.970**	**665,92**	**620,32**	**0,89**	**94,38**	**238,41**	**279,33**	**25,30**	**8,61**	**5,46**	**2,92**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1998	660.970	665,69	620,09	0,89	94,38	238,41	279,33	25,30	8,38	5,46	2,92	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1998	660.970	0,23	0,23	-	-	-	-	-	0,23	-	-	-
Castrop-Rauxel	1998	78.786	521,34	493,30	0,39	80,59	128,51	268,00	16,23	9,39	6,23	3,16	-
Datteln	1998	37.398	557,49	537,57	1,74	96,88	140,81	262,61	27,09	10,51	6,85	3,66	-
Dorsten	1998	80.956	655,99	608,94	2,04	89,79	211,31	298,00	26,21	8,36	5,26	3,09	-
Gladbeck	1998	78.531	666,97	628,69	0,24	82,77	263,63	271,65	23,18	7,04	4,16	2,88	-
Haltern am See	1998	36.270	661,29	623,41	2,43	106,67	179,43	323,21	21,59	5,98	3,67	2,32	-
Herten	1998	68.162	646,23	591,43	0,32	84,89	229,75	272,23	31,62	8,89	6,19	2,70	-
Marl	1998	93.628	942,58	856,33	0,50	111,36	480,98	287,91	33,53	8,73	6,16	2,56	-
Oer-Erkenschwick	1998	30.621	459,39	443,65	0,69	79,23	99,44	239,87	15,84	8,03	5,52	2,51	-
Recklinghausen	1998	125.865	671,49	625,69	0,63	107,73	229,57	279,32	26,20	9,04	5,85	3,19	-
Waltrop	1998	30.753	576,40	545,87	1,63	83,73	170,45	276,30	20,52	4,98	2,44	2,54	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen											
			insgesamt		darunter									steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern				
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter			
											Vergnügungs-steuern	Hunde-steuern		
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
			Maßeinheit: Euro je Einwohner											
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**1999**	**17.983.142**	**873,45**	**798,78**	**1,85**	**113,63**	**376,88**	**311,72**	**38,41**	**8,60**	**5,02**	**2,95**	**1,07**
kreisfreie Städte	1999	7.459.766	1.023,43	936,92	0,39	144,61	470,56	327,20	46,56	9,61	6,42	3,11	2,16
kreisangehörige Gemeinden	1999	10.523.376	766,37	700,09	2,88	91,67	310,47	300,75	32,64	7,12	4,03	2,83	0,30
Kreisverwaltungen	1999	10.523.376	0,76	0,76	-	-	-	-	-	0,76	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**1999**	**5.382.875**	**779,16**	**723,19**	**0,72**	**112,90**	**303,19**	**297,30**	**32,75**	**9,68**	**6,20**	**3,25**	**2,32**
kreisfreie Städte	1999	3.470.499	819,91	763,55	0,31	123,88	326,08	300,20	34,99	10,32	6,91	3,29	3,62
kreisangehörige Gemeinden	1999	1.912.376	704,87	649,61	1,45	92,96	261,66	292,05	28,67	8,17	4,92	3,17	-0,03
Kreisverwaltungen	1999	1.912.376	0,33	0,33	-	-	-	-	-	0,33	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**1999**	**12.600.267**	**913,73**	**831,07**	**2,33**	**113,95**	**408,36**	**317,88**	**40,83**	**8,14**	**4,52**	**2,82**	**0,54**
kreisfreie Städte	1999	3.989.267	1.200,49	1.087,75	0,45	162,65	596,26	350,68	56,61	9,00	6,00	2,95	0,89
kreisangehörige Gemeinden	1999	8.611.000	780,03	711,31	3,20	91,38	321,32	302,68	33,52	6,89	3,83	2,76	0,37
Kreisverwaltungen	1999	8.611.000	0,85	0,85	-	-	-	-	-	0,85	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**1999**	**660.421**	**630,63**	**591,03**	**0,89**	**98,63**	**192,08**	**283,91**	**26,88**	**8,85**	**5,57**	**3,01**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	1999	660.421	630,42	590,82	0,89	98,63	192,08	283,91	26,88	8,65	5,57	3,01	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	1999	660.421	0,20	0,20	-	-	-	-	-	0,20	-	-	-
Castrop-Rauxel	1999	79.325	531,81	511,77	0,34	84,92	130,78	270,33	17,12	9,88	6,61	3,28	-
Datteln	1999	37.354	563,88	532,82	1,69	97,85	139,34	267,01	28,81	10,98	7,12	3,83	-
Dorsten	1999	80.978	699,03	651,89	2,17	95,15	242,70	302,55	27,82	7,98	4,82	3,16	-
Gladbeck	1999	78.262	649,27	598,31	0,23	86,40	235,16	276,81	24,70	7,05	4,14	2,91	-
Haltern am See	1999	36.468	657,04	628,03	2,28	112,35	163,87	326,45	22,79	7,02	3,35	2,39	-
Herten	1999	67.766	573,75	550,36	0,31	86,71	147,43	278,09	33,78	8,46	5,73	2,73	-
Marl	1999	93.626	743,37	671,16	0,49	115,10	270,29	292,40	35,60	9,54	6,92	2,62	-
Oer-Erkenschwick	1999	30.888	493,01	468,40	0,68	88,93	120,89	241,49	16,48	8,00	5,37	2,62	-
Recklinghausen	1999	125.203	628,38	594,83	0,64	112,31	173,30	285,17	27,97	9,52	6,18	3,35	-
Waltrop	1999	30.551	632,81	592,48	1,70	89,10	213,15	282,45	21,93	5,20	2,49	2,72	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**2000**	**17.996.153**	**897,54**	**821,27**	**1,84**	**116,43**	**384,89**	**323,01**	**38,48**	**8,70**	**4,95**	**3,12**	**1,31**
kreisfreie Städte	2000	7.432.511	1.053,69	962,94	0,39	147,56	482,64	338,07	48,90	9,77	6,36	3,31	2,51
kreisangehörige Gemeinden	2000	10.563.642	786,93	720,85	2,87	94,52	316,11	312,41	31,14	7,20	3,96	2,98	0,46
Kreisverwaltungen	2000	10.563.642	0,75	0,75	-	-	-	-	-	0,75	-	-	-
Ruhrgebiet [1]	**2000**	**5.367.701**	**775,12**	**720,55**	**0,73**	**116,59**	**285,89**	**305,19**	**32,66**	**9,83**	**6,08**	**3,50**	**2,78**
kreisfreie Städte	2000	3.453.678	811,51	753,28	0,31	128,33	301,94	308,77	35,82	10,45	6,72	3,58	4,32
kreisangehörige Gemeinden	2000	1.914.023	709,10	661,14	1,48	95,41	256,93	298,74	26,95	8,37	4,93	3,35	0,01
Kreisverwaltungen	2000	1.914.023	0,34	0,34	-	-	-	-	-	0,34	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1]	**2000**	**12.628.452**	**949,58**	**864,09**	**2,32**	**116,36**	**426,97**	**330,58**	**40,95**	**8,22**	**4,47**	**2,95**	**0,68**
kreisfreie Städte	2000	3.978.833	1.263,91	1.144,93	0,46	164,26	639,49	363,49	60,26	9,18	6,05	3,08	0,94
kreisangehörige Gemeinden	2000	8.649.619	804,15	734,07	3,18	94,33	329,21	315,43	32,07	6,94	3,75	2,90	0,56
Kreisverwaltungen	2000	8.649.619	0,84	0,84	-	-	-	-	-	0,84	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**2000**	**659.132**	**664,86**	**626,75**	**0,89**	**101,01**	**218,87**	**289,59**	**24,74**	**9,20**	**5,71**	**3,24**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	2000	659.132	664,64	626,53	0,89	101,01	218,87	289,59	24,74	8,98	5,71	3,24	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	2000	659.132	0,22	0,22	-	-	-	-	-	0,22	-	-	-
Castrop-Rauxel	2000	78.965	545,61	517,55	0,37	86,05	139,12	274,65	15,89	10,04	6,55	3,48	-
Datteln	2000	37.350	559,57	537,59	1,79	99,36	125,76	273,39	26,48	13,36	9,59	3,78	-
Dorsten	2000	81.118	697,16	662,75	2,01	95,17	230,00	314,27	24,77	8,60	5,10	3,49	-
Gladbeck	2000	77.990	618,73	582,57	0,23	84,29	205,55	279,75	22,02	7,05	3,86	3,19	-
Haltern am See	2000	36.741	701,80	664,33	2,42	118,97	189,82	339,08	20,60	6,80	3,46	2,72	-
Herten	2000	67.237	641,37	599,52	0,30	94,44	209,42	279,58	29,02	8,80	5,83	2,97	-
Marl	2000	93.484	887,93	839,64	0,47	114,79	418,29	288,76	35,24	9,95	7,05	2,90	-
Oer-Erkenschwick	2000	30.925	454,84	436,67	0,68	86,98	80,32	246,76	14,29	8,31	5,46	2,85	-
Recklinghausen	2000	124.978	674,49	636,64	0,65	119,04	204,51	293,53	26,41	9,50	6,01	3,49	-
Waltrop	2000	30.344	626,61	545,05	1,81	91,02	187,62	299,96	19,48	5,37	2,41	2,97	-

[1] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen											
			insgesamt		darunter									steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern				
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter			
											Vergnügungs-steuern	Hunde-steuern		
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
			Maßeinheit: Euro je Einwohner											
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**2001**	**18.023.553**	**847,79**	**774,48**	**1,87**	**119,84**	**346,07**	**305,90**	**38,32**	**8,94**	**4,85**	**3,40**	**1,29**
kreisfreie Städte	2001	7.425.955	980,23	901,45	0,38	151,19	421,20	319,54	48,85	10,01	6,26	3,59	2,43
kreisangehörige Gemeinden	2001	10.597.598	754,23	684,75	2,92	97,87	293,43	296,34	30,95	7,42	3,86	3,27	0,48
Kreisverwaltungen	2001	10.597.598	0,77	0,77	-	-	-	-	-	0,77	-	-	-
Ruhrgebiet [1]	**2001**	**5.352.663**	**745,18**	**692,22**	**0,73**	**119,67**	**267,53**	**287,84**	**32,67**	**10,19**	**5,94**	**3,88**	**2,63**
kreisfreie Städte	2001	3.440.408	781,94	726,85	0,30	131,63	285,28	289,88	35,88	10,88	6,62	3,96	4,09
kreisangehörige Gemeinden	2001	1.912.255	678,69	629,55	1,49	98,14	235,61	284,17	26,89	8,59	4,72	3,73	-
Kreisverwaltungen	2001	1.912.255	0,36	0,36	-	-	-	-	-	0,36	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1]	**2001**	**12.670.890**	**891,14**	**809,23**	**2,36**	**119,91**	**379,25**	**313,53**	**40,71**	**8,41**	**4,39**	**3,19**	**0,72**
kreisfreie Städte	2001	3.985.547	1.151,39	1.052,16	0,45	168,08	538,52	345,13	60,05	9,26	5,95	3,26	1,00
kreisangehörige Gemeinden	2001	8.685.343	770,86	696,90	3,24	97,81	306,16	299,02	31,84	7,16	3,67	3,17	0,59
Kreisverwaltungen	2001	8.685.343	0,86	0,86	-	-	-	-	-	0,86	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**2001**	**656.395**	**641,50**	**599,68**	**0,93**	**102,86**	**204,18**	**276,23**	**24,76**	**9,43**	**5,47**	**3,65**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	2001	656.395	641,28	599,46	0,93	102,86	204,18	276,23	24,76	9,20	5,47	3,65	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	2001	656.395	0,23	0,23	-	-	-	-	-	0,23	-	-	-
Castrop-Rauxel	2001	78.550	516,23	495,99	0,36	88,78	117,33	262,14	15,93	9,78	6,17	3,60	-
Datteln	2001	37.188	541,30	513,79	1,75	103,15	114,88	260,94	26,51	12,21	8,26	3,95	-
Dorsten	2001	81.145	674,78	628,00	2,27	102,52	212,83	298,95	24,67	8,53	4,83	3,68	-
Gladbeck	2001	77.555	607,17	553,44	0,28	74,36	213,47	266,98	22,05	7,66	3,78	3,88	-
Haltern am See	2001	36.805	660,10	630,92	2,45	122,32	156,99	322,24	20,49	8,64	3,61	3,56	-
Herten	2001	66.671	693,51	652,71	0,28	98,11	267,85	267,37	29,13	8,38	5,28	3,10	-
Marl	2001	92.918	742,75	671,17	0,52	120,36	276,95	275,23	35,35	11,29	7,16	4,13	-
Oer-Erkenschwick	2001	30.560	481,28	460,27	0,65	90,02	111,22	237,30	14,40	7,79	4,84	2,95	-
Recklinghausen	2001	124.595	686,80	639,44	0,64	117,94	228,85	279,89	26,41	9,63	5,96	3,68	-
Waltrop	2001	30.408	610,99	614,81	1,71	96,92	178,44	285,16	19,37	5,49	2,37	3,09	-

[1] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**2002**	**18.060.211**	**817,22**	**742,11**	**1,87**	**121,92**	**322,84**	**297,68**	**37,60**	**8,77**	**4,60**	**3,48**	**1,22**
kreisfreie Städte	2002	7.424.059	952,32	866,12	0,38	153,18	400,06	311,66	48,04	9,90	6,01	3,69	2,40
kreisangehörige Gemeinden	2002	10.636.152	722,16	654,80	2,91	100,11	268,94	287,92	30,32	7,23	3,61	3,33	0,40
Kreisverwaltungen	2002	10.636.152	0,74	0,74	-	-	-	-	-	0,74	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**2002**	**5.340.051**	**724,40**	**670,81**	**0,74**	**122,93**	**250,67**	**281,34**	**32,19**	**9,98**	**5,58**	**3,98**	**2,71**
kreisfreie Städte	2002	3.429.469	754,95	702,12	0,32	135,13	260,93	283,57	35,39	10,72	6,28	4,05	4,21
kreisangehörige Gemeinden	2002	1.910.582	669,24	614,27	1,50	101,03	232,24	277,34	26,46	8,31	4,33	3,84	-
Kreisverwaltungen	2002	1.910.582	0,33	0,33	-	-	-	-	-	0,33	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**2002**	**12.720.160**	**856,18**	**772,04**	**2,34**	**121,50**	**353,14**	**304,54**	**39,87**	**8,26**	**4,18**	**3,27**	**0,60**
kreisfreie Städte	2002	3.994.590	1.121,78	1.006,93	0,44	168,68	519,51	335,78	58,90	9,20	5,77	3,37	0,84
kreisangehörige Gemeinden	2002	8.725.570	733,75	663,67	3,21	99,90	276,98	290,23	31,16	6,99	3,45	3,22	0,49
Kreisverwaltungen	2002	8.725.570	0,83	0,83	-	-	-	-	-	0,83	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**2002**	**655.050**	**603,68**	**560,76**	**0,93**	**103,71**	**172,67**	**269,91**	**24,39**	**8,99**	**4,87**	**3,77**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	2002	655.050	603,46	560,54	0,93	103,71	172,67	269,91	24,39	8,77	4,87	3,77	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	2002	655.050	0,22	0,22	-	-	-	-	-	0,22	-	-	-
Castrop-Rauxel	2002	78.493	486,78	466,30	0,29	88,17	95,22	255,79	15,67	9,76	5,62	4,03	-
Datteln	2002	37.164	532,42	506,94	1,80	101,95	114,90	254,63	26,07	11,27	7,37	3,90	-
Dorsten	2002	80.999	678,77	633,19	2,30	107,50	218,97	292,03	24,30	8,72	4,16	4,56	-
Gladbeck	2002	77.395	549,05	507,25	0,23	88,26	148,68	260,88	21,73	6,95	3,11	3,84	-
Haltern am See	2002	37.148	625,20	596,67	2,50	121,78	134,44	311,32	19,97	8,56	2,77	3,85	-
Herten	2002	66.382	647,99	577,01	0,33	97,98	228,57	261,86	28,76	8,09	5,14	2,95	-
Marl	2002	92.299	642,93	598,31	0,49	113,41	190,75	270,18	34,99	10,00	6,31	3,69	-
Oer-Erkenschwick	2002	30.426	457,17	431,57	0,69	88,67	93,70	232,40	14,23	7,59	4,31	3,29	-
Recklinghausen	2002	124.347	686,41	627,90	0,63	116,28	237,50	273,47	26,02	9,11	5,40	3,71	-
Waltrop	2002	30.397	492,81	470,24	1,81	99,81	64,58	278,15	19,05	5,63	2,30	3,29	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**2003**	**18.073.296**	**836,68**	**744,75**	**1,97**	**130,04**	**337,01**	**294,65**	**37,46**	**9,56**	**4,97**	**3,68**	**1,35**
kreisfreie Städte	2003	7.423.506	954,98	845,56	0,38	156,75	408,10	303,28	47,90	10,60	6,49	3,83	2,68
kreisangehörige Gemeinden	2003	10.649.790	753,37	673,64	3,07	111,42	287,45	288,63	30,19	8,00	3,92	3,58	0,42
Kreisverwaltungen	2003	10.649.790	0,84	0,84	-	-	-	-	-	0,84	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**2003**	**5.322.568**	**721,20**	**653,20**	**0,76**	**127,24**	**250,62**	**273,67**	**32,20**	**10,80**	**6,19**	**4,24**	**3,11**
kreisfreie Städte	2003	3.416.688	749,23	677,25	0,32	138,11	264,34	271,92	35,41	11,65	7,03	4,35	4,85
kreisangehörige Gemeinden	2003	1.905.880	670,60	609,73	1,55	107,76	226,04	276,80	26,45	8,93	4,68	4,06	-
Kreisverwaltungen	2003	1.905.880	0,34	0,34	-	-	-	-	-	0,34	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**2003**	**12.750.728**	**884,88**	**782,97**	**2,47**	**131,21**	**373,07**	**303,40**	**39,66**	**9,05**	**4,47**	**3,45**	**0,61**
kreisfreie Städte	2003	4.006.818	1.130,42	989,08	0,43	172,64	530,69	330,02	58,55	9,71	6,03	3,39	0,82
kreisangehörige Gemeinden	2003	8.743.910	771,41	687,57	3,40	112,22	300,84	291,20	31,00	7,80	3,75	3,48	0,51
Kreisverwaltungen	2003	8.743.910	0,95	0,95	-	-	-	-	-	0,95	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**2003**	**652.835**	**625,45**	**576,54**	**0,91**	**107,17**	**197,05**	**264,19**	**24,40**	**9,70**	**5,40**	**3,81**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	2003	652.835	625,23	576,32	0,91	107,17	197,05	264,19	24,40	9,48	5,40	3,81	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	2003	652.835	0,22	0,22	-	-	-	-	-	0,22	-	-	-
Castrop-Rauxel	2003	78.343	491,93	469,33	0,41	89,33	101,02	253,81	15,65	10,53	5,90	4,15	-
Datteln	2003	37.023	538,58	502,42	1,62	107,31	128,49	244,93	26,09	9,75	6,00	3,75	-
Dorsten	2003	80.672	432,58	432,38	2,11	111,75	-28,77	289,74	24,32	9,22	4,57	4,66	-
Gladbeck	2003	77.213	584,32	538,48	0,23	93,42	194,00	245,97	21,72	8,55	4,73	3,83	-
Haltern am See	2003	37.440	684,21	644,44	2,40	125,45	180,42	318,72	19,74	10,74	3,18	3,90	-
Herten	2003	65.829	711,15	629,65	0,32	100,79	300,98	249,02	28,92	10,41	7,35	3,04	-
Marl	2003	91.944	939,44	819,11	0,57	116,57	495,37	261,19	35,02	8,97	5,26	3,72	-
Oer-Erkenschwick	2003	30.522	438,86	403,35	0,69	93,18	71,23	232,29	14,15	7,90	4,36	3,54	-
Recklinghausen	2003	123.562	659,43	612,07	0,62	120,11	210,23	269,53	26,10	10,36	6,66	3,70	-
Waltrop	2003	30.287	528,15	514,48	1,68	100,11	100,64	277,91	19,05	5,55	2,21	3,33	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**2004**	**18.069.324**	**872,08**	**801,16**	**1,99**	**132,95**	**389,73**	**273,45**	**37,54**	**9,62**	**5,03**	**3,77**	**1,29**
kreisfreie Städte	2004	7.416.555	1.002,11	920,84	0,38	160,04	472,43	281,41	48,03	10,97	6,55	4,00	2,60
kreisangehörige Gemeinden	2004	10.652.769	780,77	717,06	3,11	114,10	332,15	267,92	30,23	7,90	3,97	3,61	0,38
Kreisverwaltungen	2004	10.652.769	0,79	0,79	-	-	-	-	-	0,79	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**2004**	**5.307.497**	**764,65**	**713,57**	**0,76**	**130,78**	**308,42**	**254,37**	**32,35**	**11,19**	**6,24**	**4,43**	**3,04**
kreisfreie Städte	2004	3.408.713	797,96	746,35	0,32	142,07	327,37	252,42	35,56	11,95	6,97	4,54	4,73
kreisangehörige Gemeinden	2004	1.898.784	704,51	654,40	1,57	110,51	274,39	257,86	26,60	9,49	4,93	4,24	-
Kreisverwaltungen	2004	1.898.784	0,34	0,34	-	-	-	-	-	0,34	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**2004**	**12.761.827**	**916,77**	**837,59**	**2,50**	**133,86**	**423,55**	**281,39**	**39,70**	**8,97**	**4,52**	**3,49**	**0,57**
kreisfreie Städte	2004	4.007.842	1.175,74	1.069,24	0,44	175,31	595,80	306,07	58,64	10,13	6,19	3,54	0,80
kreisangehörige Gemeinden	2004	8.753.985	797,32	730,65	3,44	114,88	344,68	270,10	31,02	7,55	3,76	3,47	0,47
Kreisverwaltungen	2004	8.753.985	0,88	0,88	-	-	-	-	-	0,88	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**2004**	**650.234**	**632,40**	**594,34**	**0,92**	**109,94**	**217,86**	**245,92**	**24,54**	**10,29**	**5,58**	**3,89**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	2004	650.234	632,19	594,13	0,92	109,94	217,86	245,92	24,54	10,08	5,58	3,89	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	2004	650.234	0,21	0,21	-	-	-	-	-	0,21	-	-	-
Castrop-Rauxel	2004	77.993	508,01	483,65	0,35	90,92	131,33	236,55	15,75	11,05	6,31	4,21	-
Datteln	2004	36.743	674,22	629,83	1,93	108,84	277,25	228,61	26,35	9,99	6,01	3,95	-
Dorsten	2004	80.410	548,80	526,48	2,33	113,24	104,33	269,69	24,45	9,61	5,11	4,50	-
Gladbeck	2004	77.150	625,15	580,66	0,22	95,48	249,27	227,80	21,78	9,36	5,17	4,19	-
Haltern am See	2004	37.629	728,96	680,80	2,47	125,70	241,94	294,85	19,69	16,80	3,61	3,93	-
Herten	2004	65.465	613,79	571,63	0,26	99,95	220,42	231,76	29,13	10,66	7,55	3,12	-
Marl	2004	91.395	929,93	848,69	0,50	127,74	491,86	243,45	35,30	8,37	4,69	3,68	-
Oer-Erkenschwick	2004	30.413	472,63	472,10	0,82	97,06	115,90	216,45	14,20	7,99	4,21	3,78	-
Recklinghausen	2004	122.858	582,30	555,31	0,50	121,79	148,14	251,38	26,31	10,74	6,95	3,79	-
Waltrop	2004	30.178	523,69	501,79	1,76	101,43	112,63	258,83	19,19	5,70	2,22	3,48	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen										
			insgesamt		darunter								steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern			
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter Vergnügungs-steuern	darunter Hunde-steuern	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
			Maßeinheit: Euro je Einwohner										
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**2005**	**18.059.839**	**920,97**	**841,56**	**2,00**	**135,94**	**438,99**	**268,99**	**38,26**	**9,09**	**4,37**	**3,89**	**1,28**
kreisfreie Städte	2005	7.412.262	1.090,53	991,96	0,39	163,13	561,39	276,83	48,95	10,08	5,47	4,15	2,58
kreisangehörige Gemeinden	2005	10.647.577	802,17	736,10	3,12	117,01	353,79	263,53	30,81	7,64	3,61	3,72	0,39
Kreisverwaltungen	2005	10.647.577	0,77	0,77	-	-	-	-	-	0,77	-	-	-
Ruhrgebiet [1]	**2005**	**5.288.137**	**799,16**	**739,50**	**0,78**	**131,56**	**344,87**	**251,00**	**33,07**	**10,15**	**5,12**	**4,51**	**3,06**
kreisfreie Städte	2005	3.394.870	847,13	782,22	0,32	142,31	378,92	249,18	36,37	10,79	5,67	4,59	4,77
kreisangehörige Gemeinden	2005	1.893.267	712,82	662,58	1,62	112,30	283,82	254,26	27,17	8,69	4,13	4,36	-
Kreisverwaltungen	2005	1.893.267	0,32	0,32	-	-	-	-	-	0,32	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1]	**2005**	**12.771.702**	**971,41**	**883,82**	**2,50**	**137,75**	**477,96**	**276,44**	**40,40**	**8,66**	**4,06**	**3,64**	**0,55**
kreisfreie Städte	2005	4.017.392	1.296,22	1.169,19	0,44	180,73	715,58	300,20	59,59	9,47	5,30	3,77	0,72
kreisangehörige Gemeinden	2005	8.754.310	821,49	752,00	3,45	118,03	368,92	265,54	31,60	7,41	3,49	3,58	0,47
Kreisverwaltungen	2005	8.754.310	0,87	0,87	-	-	-	-	-	0,87	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**2005**	**647.778**	**634,61**	**592,08**	**1,09**	**111,05**	**221,96**	**242,70**	**25,09**	**8,89**	**4,51**	**3,92**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	2005	647.778	634,41	591,87	1,09	111,05	221,96	242,70	25,09	8,69	4,51	3,92	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	2005	647.778	0,20	0,20	-	-	-	-	-	0,20	-	-	-
Castrop-Rauxel	2005	77.780	497,56	477,89	0,31	91,91	123,18	233,21	16,08	9,96	5,45	4,14	-
Datteln	2005	36.537	603,01	559,21	1,78	111,69	204,31	226,02	26,99	9,99	5,94	4,05	-
Dorsten	2005	79.807	623,14	602,48	2,24	116,22	176,38	267,16	25,09	9,82	5,20	4,62	-
Gladbeck	2005	76.987	752,65	687,99	0,26	94,78	380,17	224,44	22,22	8,75	4,64	4,12	-
Haltern am See	2005	37.879	679,35	640,30	2,38	126,40	204,04	288,00	19,93	10,35	2,61	4,01	-
Herten	2005	65.070	569,71	519,18	0,34	104,67	174,67	229,23	29,86	8,42	5,06	3,38	-
Marl	2005	90.944	780,98	716,43	0,51	126,22	346,66	240,53	36,13	7,30	3,67	3,63	-
Oer-Erkenschwick	2005	30.284	483,56	465,92	4,49	96,65	127,10	213,71	14,56	6,08	2,61	3,50	-
Recklinghausen	2005	122.381	644,61	595,32	0,58	123,12	212,75	248,11	26,89	8,78	4,93	3,84	-
Waltrop	2005	30.109	504,50	484,74	1,66	101,73	95,79	255,07	19,56	5,61	2,06	3,55	-

[1] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Jahr	Einwohner am 30.06.	Steuern und steuerähnliche Einnahmen											
			insgesamt		darunter									steuer-ähnliche Einnahmen
								Gemeindeanteil an der		andere Steuern				
			brutto	netto	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe-steuer	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	zusammen	darunter			
											Vergnügungs-steuern	Hunde-steuern		
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
			Maßeinheit: Euro je Einwohner											
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**2006**	**18.039.847**	**1.050,67**	**950,67**	**2,07**	**138,42**	**546,93**	**288,17**	**40,07**	**8,19**	**3,33**	**4,02**	**1,05**
kreisfreie Städte	2006	7.409.018	1.281,66	1.148,76	0,39	163,67	742,86	287,15	51,24	8,65	3,98	4,11	2,07
kreisangehörige Gemeinden	2006	10.630.829	888,94	811,86	3,23	120,83	410,38	288,88	32,29	7,12	2,87	3,95	0,34
Kreisverwaltungen	2006	10.630.829	0,75	0,75	-	-	-	-	-	0,75	-	-	-
Ruhrgebiet [1)]	**2006**	**5.266.436**	**901,11**	**828,73**	**0,78**	**134,81**	**430,34**	**265,23**	**34,75**	**9,01**	**4,02**	**4,59**	**2,50**
kreisfreie Städte	2006	3.381.956	968,53	886,19	0,31	144,46	490,88	258,18	38,19	9,58	4,67	4,58	3,90
kreisangehörige Gemeinden	2006	1.884.480	779,76	725,27	1,62	117,51	321,69	277,89	28,56	7,63	2,84	4,61	-
Kreisverwaltungen	2006	1.884.480	0,36	0,36	-	-	-	-	-	0,36	-	-	-
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]	**2006**	**12.773.411**	**1.112,33**	**1.000,94**	**2,60**	**139,91**	**595,00**	**297,63**	**42,26**	**7,86**	**3,04**	**3,78**	**0,45**
kreisfreie Städte	2006	4.027.062	1.544,62	1.369,27	0,45	179,80	954,47	311,49	62,19	7,86	3,41	3,70	0,54
kreisangehörige Gemeinden	2006	8.746.349	912,46	830,52	3,58	121,55	429,49	291,24	33,09	7,02	2,88	3,81	0,41
Kreisverwaltungen	2006	8.746.349	0,84	0,84	-	-	-	-	-	0,84	-	-	-
Kreis Recklinghausen insgesamt	**2006**	**644.829**	**688,53**	**647,12**	**1,01**	**115,95**	**251,72**	**261,67**	**26,37**	**8,40**	**3,67**	**4,26**	**-**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	2006	644.829	688,29	646,89	1,01	115,95	251,72	261,67	26,37	8,16	3,67	4,26	-
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	2006	644.829	0,24	0,24	-	-	-	-	-	0,24	-	-	-
Castrop-Rauxel	2006	77.407	548,26	522,95	0,34	95,82	146,54	256,36	16,91	9,34	4,21	4,88	-
Datteln	2006	36.452	715,27	663,34	1,81	111,11	300,75	244,07	28,28	7,41	3,37	4,03	-
Dorsten	2006	79.403	617,51	585,17	2,34	118,71	144,34	290,91	26,38	8,80	3,69	5,11	-
Gladbeck	2006	76.594	748,64	682,30	0,22	94,59	364,11	237,43	23,37	7,70	3,60	4,10	-
Haltern am See	2006	37.953	763,10	729,74	2,58	128,55	247,62	324,27	20,79	10,20	2,63	4,11	-
Herten	2006	64.522	607,13	585,47	0,33	105,59	198,43	243,17	31,49	6,37	2,37	4,00	-
Marl	2006	90.338	1.016,32	933,13	0,51	138,55	556,14	253,11	38,06	7,36	3,17	4,20	-
Oer-Erkenschwick	2006	30.484	494,78	475,23	0,75	99,10	120,95	232,78	15,12	5,25	1,54	3,71	-
Recklinghausen	2006	121.674	624,28	594,60	0,79	133,73	162,14	265,36	28,31	10,25	6,24	4,01	-
Waltrop	2006	30.002	598,53	571,43	2,43	104,36	160,02	282,11	20,57	3,77	0,07	3,70	-

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Die Daten zur Frage 2 sind in der Anlage 1-1 bis 1-17 aufgeführt. Dies macht eine Anlage 2 entbehrlich.

Bezeichnung	Schlüsselzuweisungen [2]																
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Maßeinheit: Euro je Einwohner																
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**226,26**	**239,18**	**247,10**	**253,65**	**266,99**	**261,94**	**272,29**	**269,97**	**267,05**	**275,61**	**297,40**	**299,28**	**299,67**	**248,71**	**301,18**	**263,75**	**248,10**
kreisfreie Städte	221,91	241,55	250,37	271,38	295,73	287,73	307,42	300,43	292,13	309,11	324,84	326,16	328,42	296,16	334,54	324,36	283,32
kreisangehörige Gemeinden	176,10	181,58	186,77	181,19	183,53	182,42	185,71	187,29	189,12	189,59	210,69	212,31	212,12	159,10	210,17	163,51	168,92
Kreisverwaltungen	53,51	55,79	57,85	59,18	62,14	60,58	61,00	60,69	59,99	62,27	67,41	68,14	67,47	56,54	67,79	58,05	54,62
Ruhrgebiet [1]	**314,97**	**327,68**	**340,39**	**360,35**	**379,72**	**375,82**	**400,50**	**395,62**	**395,20**	**411,85**	**432,79**	**431,07**	**443,84**	**378,33**	**445,82**	**401,16**	**392,16**
kreisfreie Städte	342,77	353,06	360,68	387,93	410,52	405,81	437,31	425,27	426,81	451,68	469,95	459,89	478,53	416,31	493,92	452,21	430,90
kreisangehörige Gemeinden	217,04	234,11	255,30	255,57	266,16	263,27	275,73	282,49	282,55	286,70	306,26	319,11	320,92	253,35	298,35	253,20	270,84
Kreisverwaltungen	44,66	45,08	46,51	52,63	55,66	56,56	56,52	58,57	54,84	52,87	59,48	60,11	60,65	56,89	61,12	56,41	51,79
NRW ohne Ruhrgebiet [1]	**186,05**	**199,38**	**205,44**	**206,32**	**217,23**	**212,00**	**216,47**	**215,66**	**211,97**	**217,41**	**239,86**	**243,61**	**239,14**	**194,60**	**241,03**	**206,85**	**188,70**
kreisfreie Städte	113,97	142,47	152,69	168,32	194,23	183,50	193,29	191,28	174,60	185,08	198,88	210,73	199,54	193,70	198,99	216,32	159,38
kreisangehörige Gemeinden	166,55	169,43	171,02	164,21	164,73	164,13	165,46	165,97	168,29	168,03	189,54	188,79	188,30	138,55	191,04	144,11	146,96
Kreisverwaltungen	55,57	58,26	60,45	60,68	63,61	61,49	62,01	61,17	61,13	64,36	69,17	69,91	68,97	56,46	69,24	58,40	55,23
Kreis Recklinghausen insgesamt	**267,69**	**303,73**	**345,22**	**347,61**	**388,09**	**379,50**	**393,35**	**396,23**	**386,64**	**387,23**	**425,50**	**464,14**	**450,25**	**378,87**	**427,73**	**374,57**	**383,46**
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	239,37	274,99	314,88	301,91	340,78	329,12	341,88	344,22	339,72	342,34	378,00	410,20	404,93	328,74	373,37	323,44	339,38
Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	28,33	28,74	30,33	45,70	47,31	50,37	51,47	52,02	46,92	44,89	47,50	53,94	45,32	50,13	54,36	51,12	44,09
Castrop-Rauxel	363,88	387,58	399,13	389,68	420,09	410,10	414,02	420,64	427,94	418,99	458,70	481,99	453,51	375,78	449,14	391,09	432,07
Datteln	274,96	237,35	355,40	257,04	267,06	251,20	287,49	243,56	355,13	318,95	374,65	385,66	425,63	318,96	388,89	279,58	273,54
Dorsten	215,86	287,59	316,24	299,06	293,21	320,34	289,64	312,43	311,61	332,42	334,48	359,25	361,98	285,48	424,01	349,33	363,35
Gladbeck	248,90	257,88	327,98	359,09	385,89	392,30	336,63	384,49	375,38	359,77	363,56	491,47	404,29	363,16	440,95	351,50	329,91
Haltern am See	189,90	131,42	205,72	232,10	260,81	239,06	235,40	234,25	208,68	239,55	258,08	264,47	265,10	189,34	207,23	164,23	146,97
Herten	118,91	220,46	292,47	246,58	251,60	238,19	294,83	306,68	318,17	332,25	387,03	447,56	415,41	260,07	317,45	257,51	368,59
Marl	66,78	107,33	160,73	168,36	349,34	341,27	420,54	287,99	264,19	242,03	287,77	301,86	378,38	376,38	254,39	231,85	235,42
Oer-Erkenschwick	309,05	367,22	372,23	364,10	406,43	383,36	379,09	400,89	423,37	429,84	473,08	465,48	478,54	366,36	417,03	395,65	388,83
Recklinghausen	333,44	374,98	393,31	359,82	378,32	324,27	354,34	393,79	361,32	383,36	444,26	453,30	442,34	350,08	393,21	389,23	395,58
Waltrop	308,38	335,18	271,46	297,73	281,60	314,30	276,12	376,19	338,44	349,55	358,85	376,91	372,14	298,35	414,87	341,03	356,38

[1] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

[2] einschl. der Abrechnungsbeträge des Vorvorjahres

Quelle:

LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS

Bezeichnung	Ausgaben für Kreisumlage																
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Maßeinheit: Euro je Einwohner																
Nordrhein-Westfalen insgesamt																	
kreisangehörige Gemeinden	263,39	286,17	305,37	343,55	361,03	353,37	364,18	366,97	354,55	356,13	364,62	343,15	342,41	344,75	356,95	401,56	432,02
Ruhrgebiet [1)]																	
kreisangehörige Gemeinden	270,48	297,60	316,11	347,46	371,33	362,35	381,20	379,85	364,57	375,11	381,66	354,36	347,13	333,13	347,19	414,00	441,71
NRW ohne Ruhrgebiet [1)]																	
kreisangehörige Gemeinden	261,73	283,52	302,90	342,66	358,68	351,34	360,34	364,09	352,32	351,92	360,85	340,69	341,37	347,28	359,07	398,87	429,94
Kreis Recklinghausen																	
Gemeinden im Kreis Recklinghausen	280,72	313,43	332,73	358,76	388,64	375,45	395,47	403,04	380,69	398,00	398,66	361,65	356,01	361,71	358,28	455,13	480,15
Castrop-Rauxel	277,97	311,80	332,09	356,86	389,72	374,88	391,22	396,69	370,93	382,53	387,74	354,73	347,20	351,39	346,98	443,79	468,90
Datteln	271,69	300,29	315,90	337,07	368,35	357,05	370,38	384,51	349,00	368,69	365,22	337,69	332,50	339,06	336,64	439,14	463,76
Dorsten	282,42	315,94	335,87	363,20	391,81	380,80	401,43	408,36	375,27	396,28	395,46	363,79	340,07	370,10	356,12	428,40	483,92
Gladbeck	285,40	320,69	340,79	365,10	395,70	378,20	401,19	405,65	380,61	407,45	411,78	365,21	363,31	377,80	366,93	488,20	518,25
Haltern am See	264,58	292,93	307,60	335,50	367,27	354,31	361,55	367,94	352,50	359,90	356,74	327,84	319,94	313,73	314,17	403,68	424,68
Herten	279,81	309,20	327,03	355,96	389,37	378,39	395,07	395,72	385,48	400,88	393,92	357,53	355,25	364,78	354,01	456,80	466,40
Marl	291,08	323,26	342,79	369,58	393,23	377,76	395,99	424,08	412,64	427,51	427,56	388,72	385,68	375,11	388,34	495,68	513,21
Oer-Erkenschwick	261,99	291,54	307,61	334,83	359,49	342,27	361,88	367,67	347,41	361,66	366,60	343,55	330,44	330,68	329,27	409,23	436,59
Recklinghausen	286,00	321,84	342,99	369,02	399,29	390,92	419,29	421,94	397,27	414,24	415,46	368,80	373,89	375,02	375,63	468,19	484,69
Waltrop	266,13	296,30	317,78	342,50	376,70	357,38	380,09	372,15	349,30	373,24	378,76	350,24	339,47	341,66	329,35	421,73	447,80

[1)] Ruhrgebiet in der Abgrenzung des Regionalverband Ruhr

Quelle:
LDS NRW, Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 1990 bis 2005, der vierteljährlichen Kassenstatistik 2006 sowie Berechnungen des LDS